

15 LEHREN FÜR EUROPA

SO BEREITEN WIR UNS AUF EINE ZWEITE TRUMP-PRÄSIDENTSCHAFT VOR

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala | Jänner 2025

EDITORIAL

Die „Trump-Mania“ hat die Welt im Griff. Das Oxford English Dictionary definiert das Wort Manie als ein besonders stark ausgeprägtes Interesse für etwas, was von vielen Menschen geteilt wird und einen großen Teil ihres Lebens einnimmt. Ohne große Übertreibung lässt sich sagen, dass der 47. US-Präsident, der wiederum für seine großen Übertreibungen bekannt ist, genau das wieder ausgelöst hat: eine Trump-Manie. Die ganze Welt schien dem Beginn der zweiten Trump-Präsidentschaft entgegenzufiebern. Vom Nahen Osten über die Welt von TikTok bis zum asiatischen Raum scheinen Verantwortliche versucht, sich für Trumps zweite Präsidentschaft aufzustellen. Silvia Nadjivan und ich blicken in diesem Policy Brief hinter die Trump-Manie und analysieren, was Europa tun muss, um die Lehren aus den ersten vier Jahren der populistischen Regierungszeit des alten und neuen US-Präsidenten zu ziehen. Gilt es doch, für die zweite und noch drastischere „America-First“-Politik und „MAGA“-Doktrin („Make America Great Again“) international gewappnet zu sein. In Brüssel und allen anderen europäischen Hauptstädten sollten diese Empfehlungen beherzigt werden.

Lukas Sustala

Leiter Thinktank NEOS Lab

INHALT

Editorial			
Zentrale Aussagen	2		
Einleitung	5		
Faktenlage	6		
Herausforderungen	9		
Welche Lehren zu ziehen sind	11		
Europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken	12		
Risiko eines möglichen Handelskriegs	13		
Achillesferse Energiesicherheit	15		
Lehre 1: Handelsbeziehungen neu denken	18		
Lehre 2: Mehr Budget für gemeinsame Zukunftsinvestitionen	19		
Lehre 3: Den Energiepfad neu ausrichten: Energiepartnerschaften diversifizieren und europäische Resilienz im Energiebereich erhöhen	20		
EU als ernsthaften Global Player aufstellen	21		
Hindernisse für ein gemeinsames Europa	23		
Stockende EU-Integration und -Erweiterung	24		
Lehre 4: Förderung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik	26		
Lehre 5: Voranbringen der EU-Integration und EU-Erweiterung	26		
Lehre 6: Einheit im Umgang mit Russland und China	27		
Lehre 7: Zusammenarbeit mit weiteren Verbündeten intensivieren	27		
Eigene Verteidigungsfähigkeit sichern	28		
Kleinteiliges Konkurrenzdenken	30		
Strategische Weichenstellungen	30		
Bedrohungen im Cyberspace	33		
Lehre 8: Strategische Autonomie ausbauen und von den USA unabhängiger werden	36		
Lehre 9: Das westliche Bündnis stärken und gleichzeitig eigenständig werden	36		
Lehre 10: Investitionen in Rüstungsindustrie und Infrastruktur steigern	37		
Lehre 11: Transatlantische Technologiepolitik gestalten	37		
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen	39		
Sorge um die Demokratie in Europa	40		
Streitthema Asyl- und Migrationspolitik	41		
Lehre 12: Verteidigung europäischer Werte gegenüber US-amerikanischer Isolation und Populismus	42		
Lehre 13: Migration als geopolitische Chance nutzen, Migrationspolitik human und strategisch umsetzen	43		
Lehre 14: Europäische Resilienz gegenüber Desinformation, Fake News und Propaganda durch Bildung und Forschung stärken	43		
Lehre 15: Rahmen- und Arbeitsbedingungen für liberaldemokratische Zivilgesellschaft und Medien sichern	44		
Quellenverzeichnis			48

ZENTRALE AUSSAGEN

Spätestens bei der ersten Wahl von Donald Trump als US-Präsident am 8. November 2016 hätte sich Europa auf dessen zugleich unberechenbaren wie eskalierenden Kurs vorbereiten müssen.

Mit dessen Wahlsieg im November 2024 und dem Beginn von Trump II ab Jänner 2025 ziehen wir einen Zwischenstand und damit verbunden 15 Lehren, um vom erratischen Verhalten des bedeutendsten US-Amtsträgers unabhängig zu sein und die damit einhergehenden erwartbar dramatischen Folgen für das internationale Gefüge abzumildern.

- **Lehre 1:** Die Handelsbeziehungen müssen wir aufgrund von Trumps protektionistischer Handelspolitik neu denken, um europäische Abhängigkeiten von den USA zu verringern. Die EU muss dabei alles unternehmen, um Handelsbeschränkungen und Sanktionen auf ein Minimum zu reduzieren.
- **Lehre 2:** Die EU benötigt ein modernes Budget, das auf gemeinsame Zukunftsinvestitionen ausgerichtet ist und den europäischen Wirtschaftsstandort stärkt sowie zentrale öffentliche Güter zur Verfügung stellt.
- **Lehre 3:** Den Energiepfad müssen wir neu ausrichten: Es ist notwendig, Energiepartnerschaften zu diversifizieren und erneuerbare Energien auszubauen, um die europäische Resilienz im Energiebereich zu erhöhen.
- **Lehre 4:** Die gemeinsame EU-Außenpolitik heißt es zu stärken und weiter auszubauen. Notwendig dafür ist eine einheitliche EU-Stimme in der Außenpolitik, um geschlossen auf die USA und globale Herausforderungen zu reagieren.

- **Lehre 5:** Sowohl die EU-Integration als auch die EU-Erweiterung gilt es voranzubringen. Der Berlin-Prozess muss dringend wiederbelebt werden, damit die Aufnahme der EU-Kandidatenländer des Westbalkans (WB6) endlich abgeschlossen wird. Parallel dazu sollten auch die EU-Kandidatenländer aus der bisherigen EU-Nachbarschaft schleunigst aufgenommen werden.
- **Lehre 6:** Einheit im Umgang mit Russland und China ist geboten. Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame europäische Haltung gegenüber autoritären Mächten als Gegengewicht zu einem unberechenbaren US-Ansatz.
- **Lehre 7:** Die Zusammenarbeit mit weiteren Verbündeten gilt es zu intensivieren. Es geht um den Aufbau von Allianzen mit Kanada, Asien und globalen Partnern als Gegengewicht und Erweiterung der internationalen Einflussbereiche.
- **Lehre 8:** Die Strategische Autonomie müssen wir ausbauen, um von den USA unabhängiger zu werden. Wichtig ist das vor allem in sicherheits- und verteidigungspolitischer Hinsicht.
- **Lehre 9:** Das westliche Bündnis gilt es zu stärken und gleichzeitig eigenständig zu werden. Mögliche Spannungen innerhalb der NATO sollten abgebaut werden, und zwar unter der Frage, wie Europa seine eigene Verteidigungsfähigkeit stärken könnte. Die Fortsetzung der Hilfe für die Ukraine in finanzieller, humanitärer und militärischer Hinsicht ist das Gebot der Stunde.

- **Lehre 10: Investitionen in Rüstungsindustrie und Infrastruktur müssen gesteigert werden. Notwendig ist die Förderung einer wettbewerbsfähigen Verteidigungsindustrie und moderner Infrastruktur, um europäische Sicherheitsinteressen abzusichern.**
- **Lehre 11: Eine transatlantische Technologiepolitik gilt es zu gestalten. Diese setzt den Fokus auf Datenschutz, Cybersicherheit und digitale Souveränität – und zwar unter der Frage, wie Europa in einer Ära des „America First“ seine Standards wahren und eigene Technologien fördern kann.**
- **Lehre 12: Notwendig ist die Verteidigung europäischer Werte gegenüber US-amerikanischer Isolation und Populismus – und das in Verbindung mit Europas Rolle als Hüterin von Demokratie und Menschenrechten auf der globalen Bühne.**
- **Lehre 13: Migration als geopolitische Chance: Europa könnte Trumps Migrationspolitik als Gelegenheit nutzen, um qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen und eine humane und strategische Migrationspolitik aufzubauen.**
- **Lehre 14: Die europäische Resilienz gegenüber Desinformation, Fake News und Propaganda gilt es durch Bildung und Forschung zu stärken. So verhindern wir, dass die Demokratie autokratischen Machtinteressen zum Opfer fällt und mit ihren eigenen Werkzeugen geschwächt oder sogar abgeschafft wird.**
- **Lehre 15: Die Rahmen- und Arbeitsbedingungen für liberal-demokratische Zivilgesellschaft und Medien müssen ausdrücklich gesichert werden, gehören diese doch zu den Fundamenten der liberalen Demokratie.**

EINLEITUNG

Längst sind die Zeiten vorbei, als Europa billiges Gas aus Russland, günstige Produkte aus China und verteidigungspolitische Garantien von den USA erhalten hat. Um die eigene Energieversorgung, Prosperität und Verteidigung muss sich Europa nun selbst kümmern.

Vor Augen geführt hat dies spätestens der Wahlsieg Donald Trumps am 5. November 2024 in den USA. Damit könnte vieles, was er teils über Jahre gepoltet hat, im Bereich der US-amerikanischen Außenpolitik auch umgesetzt werden. Neben empfindlich höheren Handelszöllen für Europa und einem Rückzug aus den globalen Klimazielen, also einem neuerlichen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen (Schreiber 2024; dab, dpa, Reuters 2024), könnte sich Trumps drastisch isolationistischer Kurs auch dahingehend auswirken, dass sich die USA aus den internationalen Organisationen UN und NATO zurückziehen. Verbunden wäre das mit finanziellen Einbußen für die internationale Entwicklungshilfe und westliche Verteidigungspolitik. Trumps langer Schatten war bereits bei der 29. Weltklimakonferenz vom 11. bis zum 23. November 2024 in Baku, Aserbaidschan zu spüren (Schreiber 2024). Sein Kurs könnte weltweit bald größeren Anklang finden, sei es bezogen auf das Torpedieren von globalen Klimazielen, die internationale Sicherheitsordnung oder auch die aktuell ansteigenden antidemokratischen und autoritären Tendenzen. Sein Poltern enthält seit kürzester Zeit zusätzliche und gefährliche Brisanz: Mit seinen grobschlächtigen Ankündigungen, Kanada zum 51. US-Bundesstaat machen zu wollen, den Golf von Mexiko in Golf von Amerika

umzubenennen und noch dazu die Kontrolle über den Panamakanal wie auch Grönland übernehmen zu wollen, verstößt Trump gegen das Prinzip der territorialen Integrität, damit gegen geltende Völkerrechtsprinzipien und schließlich gegen die internationale Ordnung (Lehne 2025). Damit schlägt er zumindest rhetorisch in die gleiche Richtung wie der inzwischen als Kriegsverbrecher angeklagte russische Präsident Wladimir Putin seit dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Vorerst stehen Trumps Worte im Raum, gewiss ist allerdings, dass seine zweite – seinerseits besser vorbereitete – Amtszeit als 47. Präsident Europa vor zahlreiche Herausforderungen stellen wird, vor allem in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht. Auf diese gilt es vorbereitet zu sein.

Bei der Präsentation seines Reports zur zukünftigen Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sagte Mario Draghi am 17. September 2024 im Europäischen Parlament Folgendes:

„Es ist wichtig, dass wir alle verstehen, dass die Herausforderung, vor der wir stehen, die Größe unserer nationalen Volkswirtschaften bei weitem übersteigt. Und wir stehen vor einer Welt, in der wir nicht nur den Frieden, sondern auch unsere Freiheit zu verlieren drohen. In dieser Welt können wir nur durch Einigkeit unsere Stärke bewahren und unsere Werte verteidigen.“

(Europäische Kommission, Draghi 2024)

FAKTENLAGE

Seit der US-Präsidentschaftswahl am 5. November 2024 ist es fix, seit der Inauguration am 20. Jänner 2025 eingeleitet: Donald Trump tritt seine zweite Amtszeit an und stellt Europa neuerdings mit seiner „America First“-Doktrin vor große Herausforderungen.

Mit Blick auf die absoluten Zahlen waren in den USA 244 Millionen US-Bürger:innen wahlberechtigt, wovon 156 Millionen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. 76,5 Millionen haben für Donald Trump, 73,8 Millionen für Kamala Harris gestimmt. (Barth 2024, Election Lab 2024, Schneider 2024). Mit fast 50 Prozent hat Donald Trump für die Republikanische Partei das zweitbeste Ergebnis seit 1988 eingeholt. Nur George W. Bush hatte bei den US-Präsidentschaftswahlen 2004 mit 50,7 Prozent ein noch besseres Ergebnis erreicht. Zudem bilden die Republikaner:innen sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit, sodass Trump erwartungsgemäß ohne großen Widerstand im Kongress durchgreifen können wird – voraussichtlich auch mithilfe des republikanisch dominierten Höchstgerichts (Supreme Court). Das alles entspricht eigentlich nicht der Idee der einstigen US-Gründer (Bleiker 2024; Heinisch 2024).

Die USA befinden sich somit von 2015 bis voraussichtlich 2029 im „Trump-Zeitalter“ (Bierling 2024, 16), in dem die bisherige republikanische Programmatik als „Grand Old Party“ (GOP) wie noch unter Ronald Reagan, George Bush oder auch John McCain ihr Ende findet. Mit Trump haben Freihandel, Multilateralismus, Wirtschaftsliberalismus und die Feindschaft zu Russland als bisherige republikanische Säulen an Gültigkeit verloren. Unter

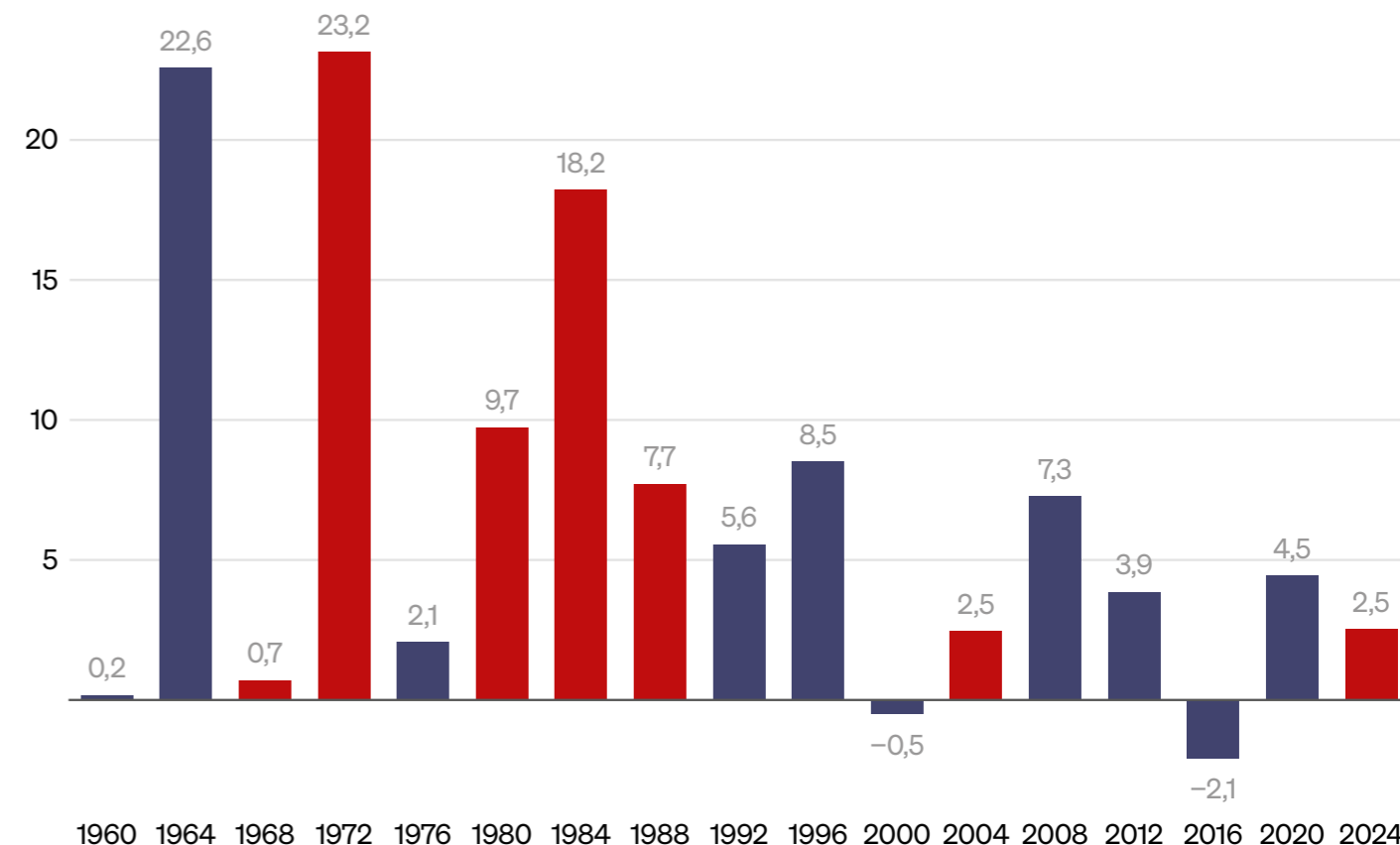
Trump hat sich die Republikanische Partei von einer Establishment-Partei zu einer multiethnischen Arbeiter:innenpartei, eben gegen das sogenannte Establishment, gewandelt (Bierling 2024, 16). Trotz unzähliger rassistischer und sexistischer Entgleisungen Trumps haben dieses Mal männliche Latino- und afroamerikanische Wähler genauso wie weiße US-Wählerinnen nicht Kamala Harris, sondern vorwiegend Trump gewählt. Die bisherigen Stammwähler:innen der Demokratischen Partei waren somit weit weniger von Harris als vom rechtmäßig verurteilten Polit-Entertainer Trump überzeugt (Hermann, Honsig-Erlenbrug 2024).

Trumps Wahlsieg fasste Hannelore Veit, ehemalige ORF-Korrespondentin und Autorin, kürzlich prägnant zusammen (zit. n. IWM 2025): „The voters did not take Trump literally, but seriously. The media took Trump literally, but not seriously“, anschließend an die Debatte seit dessen erster Amtszeit. (Übersetzt: „Die Wähler:innen haben Trump nicht wörtlich, aber ernst genommen. Die Medien haben ihn wörtlich, jedoch nicht ernst genommen.“)

Stephan Bierling, Professor für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen, bezeichnet Trump sogar als „transformativen Präsidenten“, wie es zuvor der Demokrat Franklin Roosevelt (1933–1945) war (Bierling 2024, 16). Schließlich ist ein neues isolationistisches, protektionistisches US-Zeitalter angebrochen, in dem die Republikanische Partei ungeachtet bisheriger parteiinterner Skepsis gegenüber Trump einen neuen Höhenflug erlebt, während sich die Demokratische Partei neu finden

US-Wahl 2024: Donald Trump lieferte den Republikanern den größten Vorsprung seit 1988 bei der „Popular Vote“

Abstand beim landesweiten Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl (in Prozent). Farbe der Balken je nach Partei auf Platz 1 (Demokratische Partei in Blau, Republikanische Partei in Rot)



Quelle: Statista, eigene Recherche

und erfinden muss. Zu erfolgssicher war man sich bezogen auf die eigene Stammklientel. Denn bisher galten Zuwanderung und demografische Trends als Garant für den Stimmenzuwachs der Demokratischen Partei, erschien ihr doch die Sympathie innerhalb der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen, darunter Wähler:innen mit Migrationshintergrund und Arbeiter:innen, als gesichert. Und genau diese fühlten sich bei ihren existenziellen Sorgen erstmals von Trump deutlich besser angesprochen als von der demokratischen Kandidatin. Deren Fokus auf Frauenrechte überzeugte angesichts der grassierenden Inflation und Teuerung weit weniger als Trumps Versprechen, die Steuern zu senken. Trumps „Bread and Butter“-Politik verfiel letztlich besser als Harris' „Feel-Good“-Wahlkampagne. Trump wurde also mehr Wirtschaftskompetenz zugetraut als Harris, ob das nun stimmt oder nicht (Hesse 2024). Noch dazu waren viele mit Harris' Migrationspolitik als Bidens Vizepräsidentin unzufrieden (Doemens 2024; Naumann 2024).

Ähnlich wie bei den Demokrat:innen wollte man auch unter liberaldemokratischen Kräften in Europa einen möglichen Wahlsieg Donald Trumps lange nicht wahrhaben, trotz mehrmaliger Warnungen seit Anfang 2024, wie seitens des renommierten Historikers Timothy Snyder, der seine Bedenken fast ein Jahr später untermauerte (Nadjivan 19.02.2024; Pengelly 2025). Zwar waren Trumps Ankündigungen zu Freihandel, Multilateralismus oder die Nicht-Unterstützung der Ukraine stets verstörend, doch so wirklich wollte sich kaum ein:e Regierungschef:in in Europa bei den eigenen Machtspielen dadurch aus der Ruhe bringen lassen. Bei notwendigen

institutionellen Reformen gab man in Europa bis zuletzt dem akuten Zeitdruck kaum nach, angefangen vom blockierenden Einstimmigkeitsprinzip über die noch immer nicht wirklich praktizierte gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik, weiters die unzureichend ausgeprägte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis zur stockenden EU-Erweiterung.



HERAUSFORDERUNGEN

„Europa muss aufwachen und endlich auf sich selbst achten“, lautete das Credo des Wirtschaftsmagazins *Economist* (2024) wie vieler anderer Medien knapp nach der US-Wahl. Auf sich selber schauen heißt in diesem Fall, dass Europa sich sicherheitspolitisch unabhängig aufstellen und auf globale Unsicherheiten vorbereiten muss. Angesichts einer potenziellen Verschiebung in der US-Außenpolitik müsse die EU eine eigenständige Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie entwickeln. Dazu gehören erhöhte Verteidigungsausgaben, vertiefte Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und eine klare strategische Ausrichtung. Europa könne seine Sicherheit und Stabilität nur dann langfristig sichern, wenn es seine Abhängigkeit von den USA verringere und als vereinte Kraft auftrete, so die Erkenntnis des *Economist* (2024).

Hinsichtlich der zunehmenden Herausforderungen ist es daher für Europa höchste Zeit, stärker zusammenzuwachsen. Mit einem Wirtschaftswachstum von gerade mal einem Prozent im Vorjahr ist die EU im globalen Wettbewerb weit hinter den USA und China abgeschlagen.

Um Europa als Wirtschaftsstandort zu stärken und zukunftsfit zu machen, haben Enrico Letta im April und Mario Draghi im September 2024 umfangreiche Berichte für die EU-Kommission mit klaren Handlungsempfehlungen vorgelegt. Im Draghi-Report (2024) geht es vor allem um die Notwendigkeit einer industriepolitischen Strategie, mit mehr Innovation, weniger CO₂-Ausstoß und gleichzeitig erhöhter Sicherheit bei verringerter externer Abhängigkeit. Konkret empfiehlt

Draghi Investitionen von bis zu 800 Milliarden Euro. Zweifellos muss die EU an vielen Schrauben drehen, so auch ihr Budget so weit adaptieren, dass Zukunftsinvestitionen möglich sind.

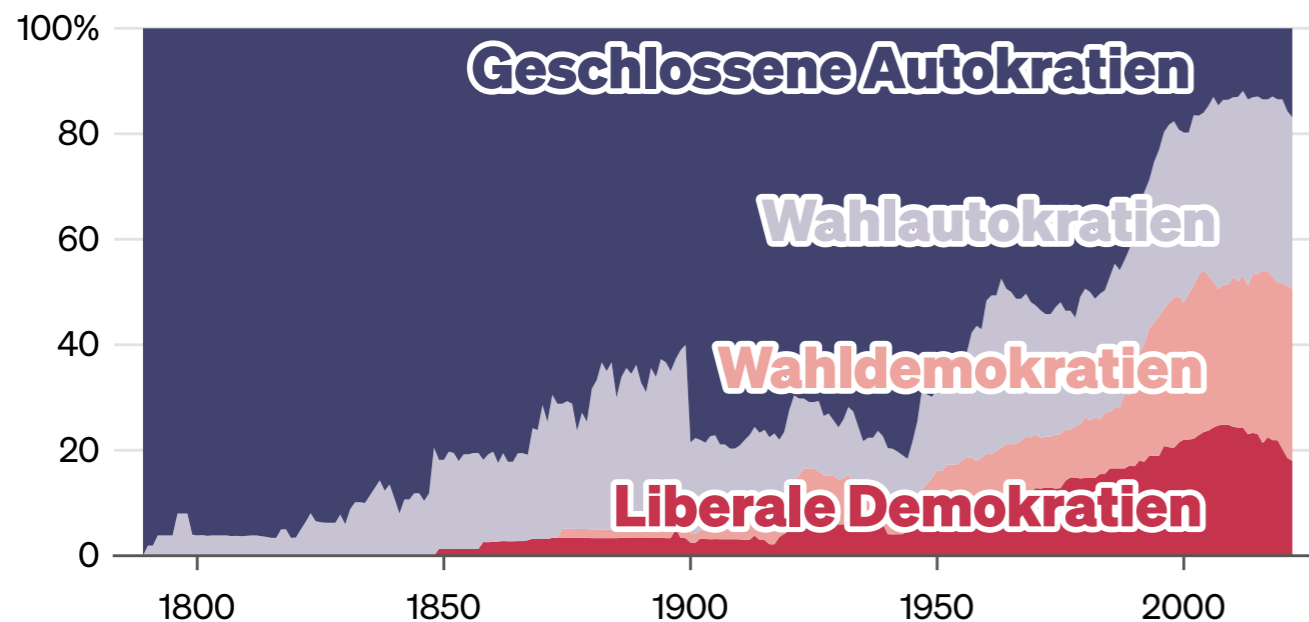
Zudem geht es um weitreichende Konzepte und Strategien, um unter der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen einer Trump-II-Präsidentschaft Paroli bieten zu können. Angesichts der Wahl der neuen EU-Kommissar:innen durch das Europäische Parlament betonte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, worum es der neu zusammengesetzten EU-Kommission gehen wird: die stagnierende EU-Wirtschaft beleben, die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Bürokratie abbauen, Investitionen freisetzen und die Innovationslücke zu China und den USA schließen. Außerdem nannte von der Leyen weitere Prioritäten, wie die Ukraine unterstützen, die europäische Verteidigung und Reformen voranbringen, genauso wie auch die Rechtsstaatlichkeit stärken und Migration besser regulieren. (Euronews 27.11.2024)

Im Folgenden werden aus den aktuellen und zugleich komplexen Herausforderungen 15 zentrale Lehren gezogen und darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen erstellt. Jetzt darf man nicht noch mehr Zeit verstreichen lassen, zumal angenommen werden kann, dass die Trump-II-Präsidentschaft mit der Mehrheit im Kongress und wohlgerne auch im Höchstgericht volle Durchschlagskraft bei der Umsetzung des eigenen Regierungsplans haben wird. Mit Blick auf das sogenannte Project 2025, entwickelt von der konservativen Heritage Foundation, gäbe es sogar einen Plan für die ersten

185 Tage von Trumps zweiter Amtszeit (BBC 11.09.2024; Heritage Foundation 2023–24). Die Aussichten für Europa mit Blick auf Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung erscheinen alles andere als rosig. Noch dazu ist die internationale Situation von liberalen Demokratien auch nicht gerade erbaulich.

Liberale Demokratien sind alles andere als selbstverständlich

Anteil unterschiedlicher Staatsformen, in Prozent



Der Anteil von „geschlossenen Autokratien“ ist 1900 deutlich gestiegen, weil V-Dem ab dem Zeitpunkt deutlich mehr Länder, damals oft Kolonien, ausweist.

Quelle: Our World in Data, basierend auf Lührmann et al. (2023); V-Dem.

WELCHE LEHREN ZU ZIEHEN SIND

Europa muss sich also dringend neu aufstellen, und zwar in den folgenden Bereichen: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muss endlich stärker werden. Auch als Global Player muss Europa ernsthafter auftreten und ernst genommen werden. Seine eigene Verteidigungsfähigkeit zu sichern, steht schon längst auf der notwendigen Agenda – genauso wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und die europäischen Grundwerte hochzuhalten. Nicht weniger wichtig sind Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation. Schließlich bilden mündige Bürger:innen die Grundlage für Demokratie und Fortschritt, und das insbesondere vor dem Hintergrund verstärkter EU-Integration und -erweiterung



EUROPÄISCHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Weltweit wird ein geopolitisches Kräftemessen mit globalen Mächten immer offensichtlicher – hier vor allem mit China und zusehends mit den USA, die knapp vor einem Handelskrieg zu stehen scheinen.

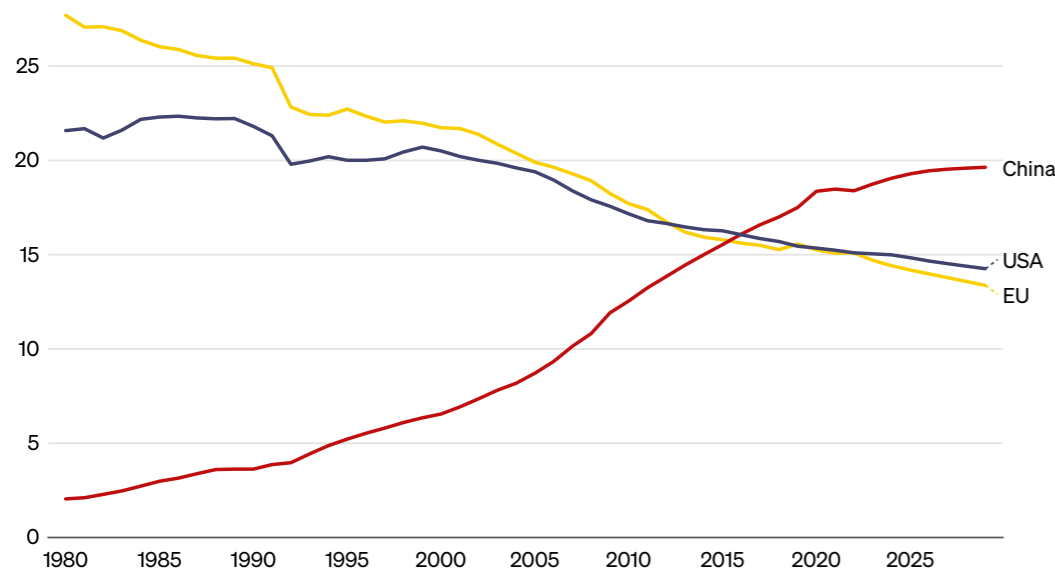
Hinzu kommen noch die großen Herausforderungen unserer Zeit: der Klimaschutz, der Investitionen und Innovationen im Energiebereich erfordert, und der demografische Wandel in Richtung Überalterung, wodurch

den Sozialstaaten und Arbeitsmärkten zusehends Erwerbstätige fehlen.

In dieser Gemengelage geht in Brüssel seit geraumer Zeit eine Sorge um: dass die USA und China Europa in Sachen Wirtschaftsleistung deutlich abhängen könnten und Europa folglich den Anschluss verlieren dürfte. Besonders die Grafik mit einer für die Wirtschaftsleistung der Eurozone düsteren Aussicht macht die Runde. Und

Für Europa besorgniserregend: Trend globales BiP 1980 bis 2029

Angaben in Prozent am globalen BiP



Quelle: IWF

zwar zeigt diese eine Stagnation seit 2008 und 0 Prozent Wachstum bis 2022, wohingegen China seit 2018 auf der Überholspur ist. (Sustala 28.11.2023)

Dagegen wird Trumps Rückkehr ins Oval Office eine Renaissance der „America First“-Politik und „MAGA“-Doktrin einleiten, was sich nachteilig auf den Welthandel und die Stellung der Welthandelsorganisation (WTO) auswirken wird. Befürchtet wird sogar eine Demontage der WTO (IWF Kiel 2024). Genau genommen war auch die Administration von Joe Biden kein Sammelbecken für Freihandel-Bewegte. Schließlich hat Biden, wenngleich mit freundlicheren Worten, Trumps Kurs fortgesetzt und das Thema Zölle definitiv zur Chefsache gemacht (Felbermayr zit. n. Feld 2024). So beinhaltet der unter der Biden-Administration 2022 beschlossene Inflation Reduction Act ein milliardenschweres Programm zur Reduktion der Inflation in den USA genauso wie ein Sozial- und Klimapakete (Deutschlandfunk 07.02.2023). Aus europäischer Sicht kann die damit verbundene protektionistische Handelspolitik nur als Angriff im Standortwettbewerb aufgefasst werden, weil europäische Waren gemäß diesem Gesetz mit höheren Zöllen zu versehen sind (Nadjivan, Sustala 12.11.2024). Diese Zölle fallen nur dann weg, wenn europäische Firmen ihre Produktion in die USA verlagern, was umgekehrt dem europäischen Wirtschaftsstandort schadet. Das könnte sich unter Trump II für Europa besonders hart auswirken, weil große Unternehmen zukünftig ihren Standort in die USA verlagern könnten.

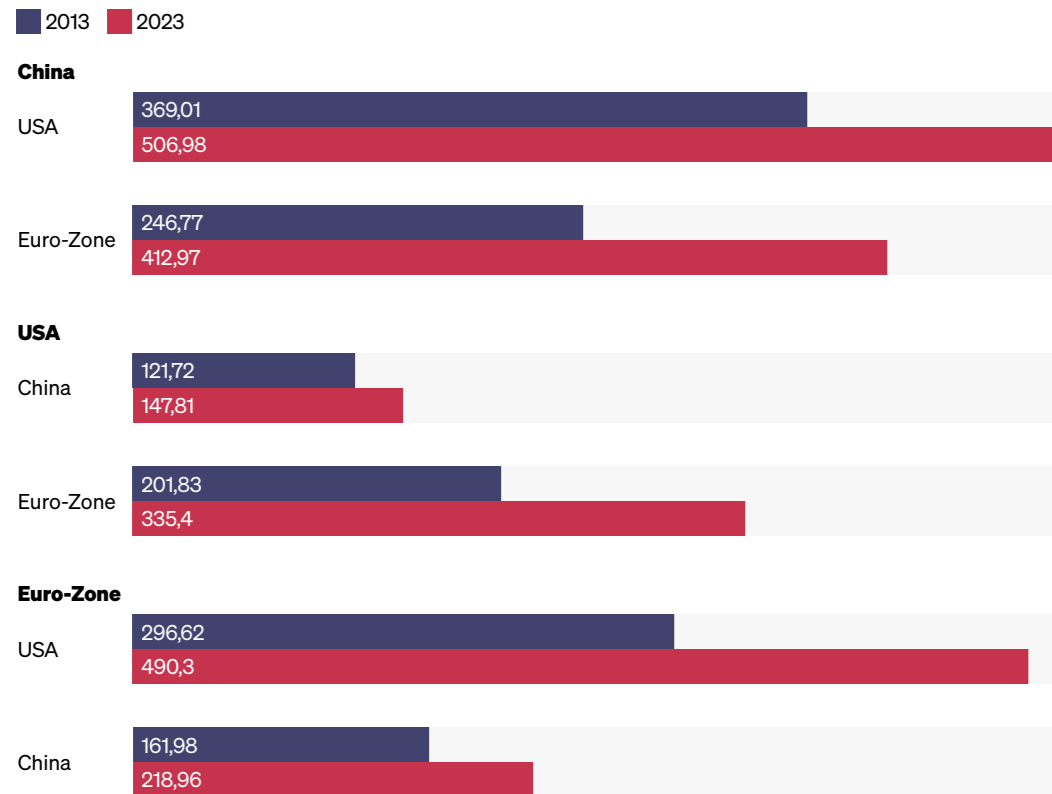
Risiko eines möglichen Handelskriegs

Multilateral ausgehandelte Handelsabkommen sind jetzt unter der neuerlichen Trump-Präsidentschaft grundlegend gefährdet, und die USA könnten so Druck auf europäische Exporte ausüben. Dies würde nicht nur die wirtschaftliche Stabilität Europas, sondern auch die Attraktivität der EU als Handelsblock infrage stellen. Noch vor seinem Amtsantritt hat Donald Trump Ende November 2024 angekündigt, die bereits gegen China bestehenden Importzölle auf 60 Prozent anzuheben und Zölle für Waren aus Europa einzuführen. Die tatsächliche Höhe der möglichen Zölle gegen Europa ist vorerst noch nicht fix genannt. Die Rede ist von 10 bis 20 Prozent. Jene gegen Kanada und Mexiko werden mit 25 Prozent beziffert. Gegen die BRICS-Staaten steht sogar eine Höhe von hundert Prozent im Raum. (Hawkins 2024; Radvilas 2025) Eine Gegenreaktion in Form von europäischen Zöllen auf internationale Importe ist zu erwarten, um in diesem internationalen – wohlgerneht protektionistisch ausgerichteten – Wettbewerb nicht auf der Strecke zu bleiben. Denn billige Waren aus China könnten Europa fluten und damit die heimische Produktion gefährden.

Für Europa steht wirtschaftspolitisch viel auf dem Spiel, wenn es einen neuen Handelskrieg mit Zöllen, Vergeltungsmaßnahmen und im schlimmsten Fall einen Bruch des Welthandelssystems geben sollte. Das zeigt eine Studie vom WIFO und dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel (Felbermayr, Hinz, Langhammer 2024). Dabei wären die prognostizierten negativen Folgen für China mit einem

USA sind weiterhin Netto-Importeur von Waren aus China und dem Euro-Raum

Handelsvolumen zwischen den großen Wirtschaftsräumen, Exporte nach Handelspartner in Mrd. US-Dollar



Quelle: IMF Direction of Trade Statistics.

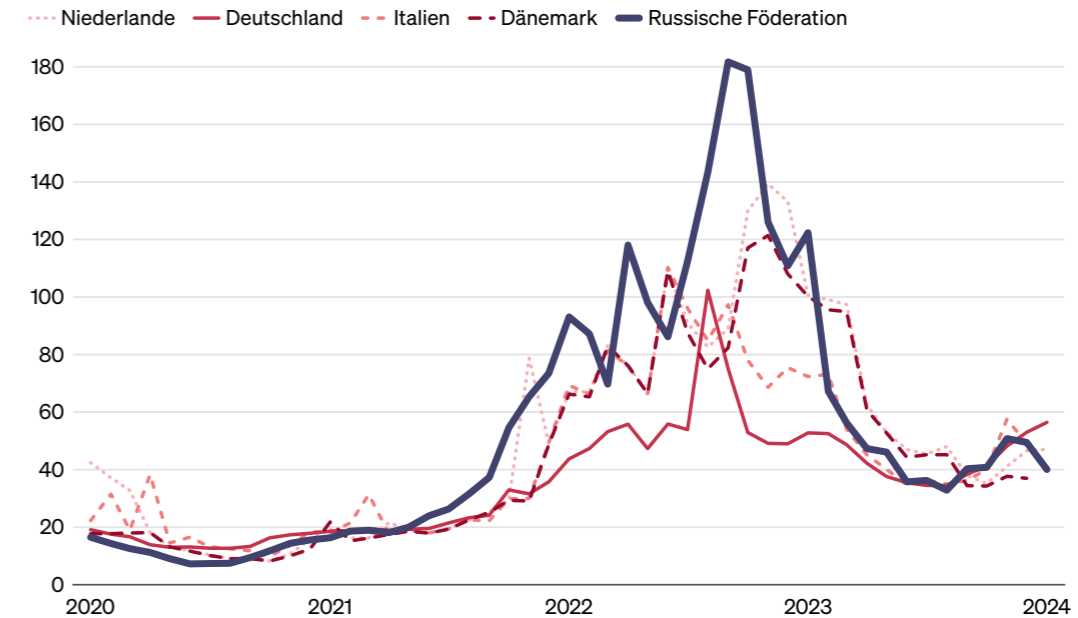
Verlust von 6 Prozent am schlimmsten. Für Deutschland beispielsweise würde das einen Verlust von 3,2 Prozent bedeuten, wohingegen die USA mit 2,2 Prozent vorerst am geringsten betroffen wären (IWF Kiel 2024). Diese Prognose lässt sich in eine Reihe möglicher Szenarien einordnen – mit unterschiedlichen Verlustgrößen, ob nun mit einem größeren Schaden für die USA oder die EU. Fest steht, dass à la longue alle Handelspartner Verluste einfahren würden. (Politico 2025)

Achillesferse Energiesicherheit

Vor großen Herausforderungen steht Europa auch in Sachen Energiesicherheit. Noch vor dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2024 hat Russland einen hybriden Krieg gegen Europa begonnen. Das beinhaltet künstlich geschaffene Lieferengpässe bei Öl und Gas (Tchakarova 2024). In große Mitleidenschaft geraten sind vor allem jene Länder in Europa, die besonders von

„Billiges russisches Gas?“ Die Außenhandelsstatistik beweist das Gegenteil

Preise für Gasimporte nach unterschiedlichen Importländern, in Euro je Megawattstunde



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

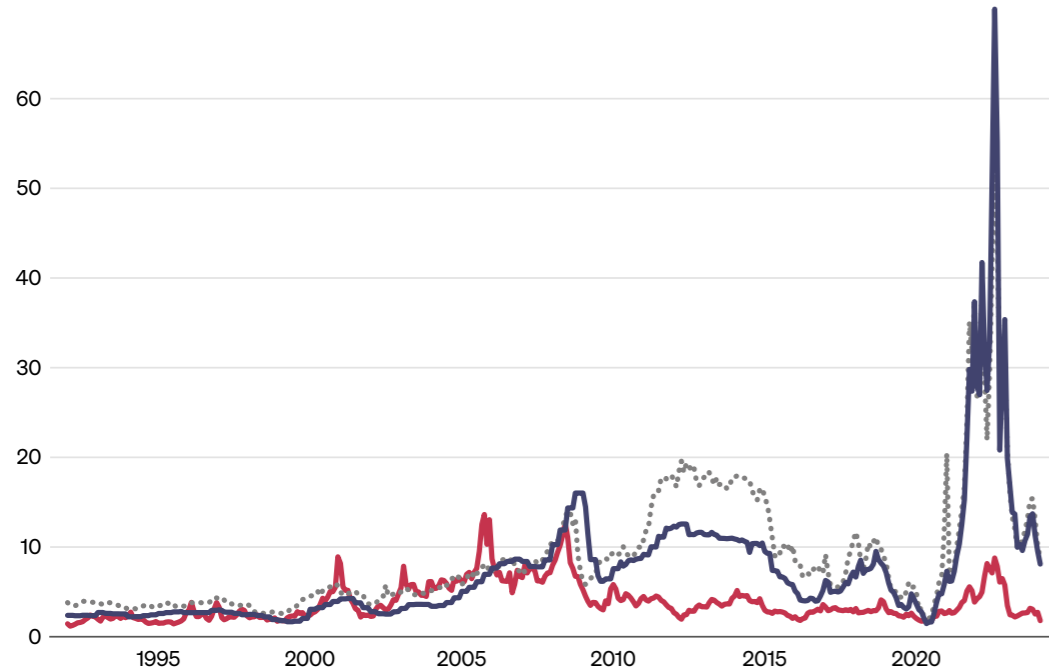
russischem Gas abhängig waren bzw. immer noch sind, darunter ost- und südosteuropäische Staaten. Aber auch Österreich hat bis zum Gazprom-Lieferstopp im November 2024 fast ausschließlich russisches Gas bezogen, bis zuletzt noch 80 Prozent. (Japf, APA 16.11.2024; Belz 19.11.2024; Kotrba 19.11.2019; Der Standard 25.11.2024; Kurier 26.11.2024). Die künstlich geschaffenen Lieferengpässe seitens des Kremls sind aber gleichzeitig auf eine geringere Nachfrage der EU gestoßen.

Um Russlands Völkerrechtsbruch und Feldzug gegen die Ukraine nicht zusätzlich zu finanzieren, sind umgehend EU-Wirtschaftssanktionen eingeführt und bis zuletzt 15 Sanktionspakete verabschiedet worden, darunter der Ausstieg aus russischem Öl und Gas wie auch der Ausschluss russischer Banken aus dem Zahlungsverkehrssystem SWIFT (Sustala 25.02.2023).

Europas Gaspreis bleibt 4,5 Mal so hoch wie in den USA

Preise in US-Dollar je mmBTU

— Europa (TTF) ··· Asien — USA (Henry Hub)



Quelle: IMF Primary Commodity Index.

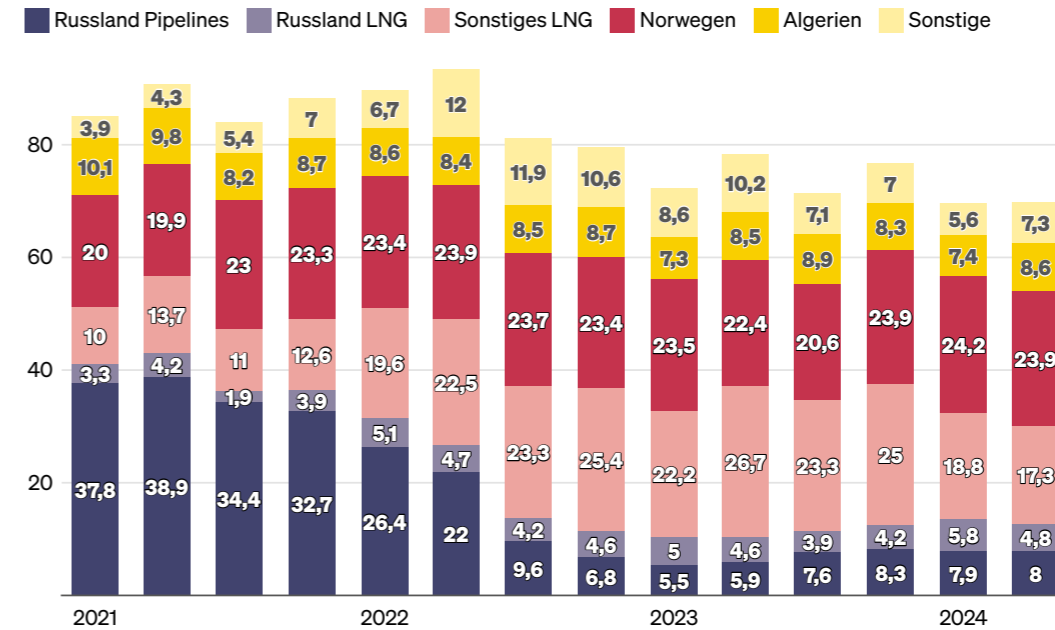
Zum dritten Jahrestag von dessen Angriffskrieg im Februar 2025 soll ein 16. Sanktionspaket verabschiedet werden (ORF 22.12.2024).

Gerade der Energiesektor zeigt, wie wichtig ein europaweiter Schulterschluss für gemeinsame, preisbewusste Einkäufe ist. (Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union 2024) Der Bericht zur Lage der Energieunion vom September 2024 zeigt grundsätzlich Fortschritte bezo-

gen auf die Reduktion von russischen Gasimporten und den Aufwärtstrend bei erneuerbarer Energie. Allerdings hält dieser auch fest, dass die Mitgliedstaaten „so bald wie möglich ihre endgültigen aktualisierten nationalen Energie- und Klimapläne vorlegen müssen“, damit die gemeinsam festgelegten Klimaziele auch bis 2030 erreicht werden können. (Europäische Kommission 11.09.2024)

Europa hat diversifiziert und die Gasimporte aus Russland seit 2021 um 70 Prozent reduziert

Gaslieferungen je Quartal, in Milliarden Kubikmetern



Grafik: Lukas Sustala • Quelle: Bruegel, Natural Gas Imports Database, eigene Berechnungen.

Fossile Energien sind zwar vorerst für die EU unverzichtbar, weil Industrie, Energieerzeugung, Gewerbe und Privathaushalte noch immer auf Gas ausgerichtet sind. Jedoch haben sich 2024 alle EU-Mitgliedsländer darauf verständigt, bis 2027 komplett aus russischem Gas auszustiegen (APA/dpa 02.09.2024; Vertretung in Deutschland 2022). Im Mai 2024 haben die Energieminister:innen auf EU-Ebene über den Import von erneuerbarem Wasserstoff aus Nordafrika beraten (APA 31.05.2024). Die Leistbarkeit von Gas und verstärkt auch erneuerbarer Energie ist unerlässlich für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Um gleichermaßen Energiesicherheit, Klimaschutz und Standortpolitik profitabel zu verbinden, benötigt es europäische Lösungen. In Aussicht gestellt sind Milliardeninvestitionen der EU-Kommission für erneuerbare Energien wie Windkraft, Biomasse und Biogas (Energate Messenger 2022; Energie & Management 2023). Außerdem hat der Europäische Rat im Jahr 2022 die Westbalkan-Staaten in die gemeinsame EU-Energieplattform aufgenommen bzw. dazu eingeladen, um gemeinsam Gas- und Wasserstoffkäufe zu tätigen (Cretti, Imeri, Ristovski 2022). Die EU-Kommission hat zudem im Juli 2024 für die Westbalkan-Staaten umfangreiche Investitions- und Infrastrukturhilfen genehmigt (Vertretung in Deutschland 2024).

Wichtiger denn je ist jetzt die Stärkung des gemeinsamen Europas. Denn nicht immer und schon gar nicht unter Trump II verfolgen Europa und die USA die gleiche Handels-, Sanktions- und Energiepolitik.

Lehre 1: Handelsbeziehungen neu denken

In der neuen multilateralen Welt(un)ordnung ist Europa aufgerufen, sich gegenüber den USA unabhängiger, als eigenständige Wirtschaftsmacht, zu präsentieren und insgesamt neue, für Europa zielführende und profitable Handelsbeziehungen aufzubauen. Bemühungen um Freihandelsverträge und die Stärkung der WTO müssen nach wie vor oberste Priorität haben (Obst, Sultan, Matthes 2024; IWF Kiel 2024). Dazu sollten bisherige Handelsabkommen wie CETA mit Kanada und – sofern möglich – TTIP mit den USA vollständig abgeschlossen sowie ratifiziert und das Mercosur-Abkommen mit den fünf südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela einen Abschluss finden.

Europäische Abhängigkeiten verringern

Dringend notwendig für die EU ist es, den USA unter Trump auf Augenhöhe zu begegnen. Sofern möglich, sollten für ein gutes wie auch produktives Verhältnis mit den USA Abkommen bzw. Deals mit Trump favorisiert werden. Schließlich scheinen Deals der Weg des partnerschaftlichen Miteinanders zu sein. Für den Fall von tatsächlichen US-Zöllen auf europäische Waren gilt es, gleichermaßen auf US-amerikanische Importe zu reagieren. Durch verstärkte Handelsbeziehungen mit westlichen Verbündeten wäre die EU wiederum international gestärkt und weniger abhängig von den USA.

Sanktionen und Handelspolitik diversifizieren

Das alles bedeutet auch, dass sich Europa gegenüber der Sanktionspolitik der USA neu positionieren muss. Schließlich ist die US-Sanktionspolitik u.a. gegenüber Kuba und dem Iran ein immanenter Teil der US-Wirtschafts- und Außenpolitik, die wiederum andere Ziele verfolgt als die europäische Gesetzgebung für Europa. (Röper 2024) Unter Trump könnte sich diesbezüglich die internationale Lage verschärfen, sodass US-Sanktionen nicht unreflektiert und unüberprüft übernommen werden dürfen.

Risiken durch US-Handelsbeschränkungen und -Sanktionen reduzieren

Europa sollte sich gegenüber den USA unter Trump II auf Reziprozität fokussieren und dabei Angebote für Handelserleichterungen und Investitionskooperationen machen. Damit soll in den nächsten vier Jahren der Trump-Präsidentschaft ein verstärkt kooperatives sowie produktives Verhältnis zu den USA geschaffen und die Spirale von Sanktionen und Gegensanktionen vermieden werden – das alles unter der Voraussetzung des Möglichen.

Lehre 2: Mehr Budget für gemeinsame Zukunftsinvestitionen

Die EU benötigt ein modernes Budget, das auf gemeinsame Zukunftsinvestitionen ausgerichtet ist, den europäischen Wettbewerbsstandort stärkt und zentrale öffentliche Güter zur Verfügung stellt. Das EU-Budget muss sich dringend neu ausrichten, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden (Buti 2023). Angesichts von Klimawandel, globaler Wettbewerbsfähigkeit und geopolitischen Unsicherheiten reichen die traditionellen Strukturen des Haushalts, der vor allem auf die Landwirtschaft und den traditionellen Kohäsionsfonds ausgerichtet ist, nicht mehr aus. In den Krisen der jüngeren Vergangenheit hat die EU zwar eine Reihe von außerordentlichen und temporären Fonds aufgelegt, doch Europa braucht ein nachhaltiges Budget, das klare Prioritäten auf gemeinsame Zukunftsinvestitionen und Themen legt. Dazu zählen die Sicherheit der Außengrenze genauso wie Investitionen in gemeinsame Infrastrukturprojekte.

Moderner EU-Haushalt

Ein moderner EU-Haushalt sollte vor allem in Bereiche fließen, die echten europäischen Mehrwert schaffen (Felbermayr, 2024): grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte, Forschung und Innovation, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Stärkung der digitalen Wirtschaft. Diese Investitionen tragen nicht nur dazu bei, den Wirtschaftsstandort Europa global wettbewerbsfähig zu halten, sondern sichern auch nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Stärkere Zusammenarbeit

Darüber hinaus muss das EU-Budget zentrale öffentliche Güter finanzieren, die ein einzelner Mitgliedstaat allein nicht stemmen kann. Dazu gehören der Schutz der Außengrenzen, die Sicherung der Energieversorgung und eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheiten ist eine stärkere Zusammenarbeit in diesen Bereichen entscheidend. Die neue EU-Kommission hat das zwar versprochen, doch die Verhandlungen über den nächsten budgetären Rahmen stehen noch aus.

Mut zur Reform

Eine Neuorientierung des Budgets erfordert jedoch auch Mut zur Reform. Statt Mittel ineffizient nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sollten Förderungen an klare Kriterien geknüpft sein. Gleichzeitig braucht es eine Modernisierung der Einnahmenstruktur. Neue, eigene EU-Einnahmen wie eine Digitalsteuer oder der CO₂-Grenzausgleich sollten für gemeinsame EU-weite Zukunftsinvestitionen vorgesehen werden.

Lehre 3: Den Energiepfad neu ausrichten: Energiepartnerschaften diversifizieren und europäische Resilienz im Energiebereich erhöhen

Neben Handelsbeziehungen und der Sanktionspolitik müssen auch Energielieferungen diversifiziert werden, wie bereits mit der Lieferung von Flüssigerdgas (Liquified Natural Gas, kurz LNG) aus der Nordsee nach Europa geschehen. Langfristig betrachtet ist eine Änderung der europäischen Energiearchitektur und eine Diversifizierung von Energielieferanten bzw. Energiegewinnung mit Fokus auf erneuerbare Energien auf EU-Ebene das Gebot der Stunde: Stichwort Energieunion. Ein kompletter Ausstieg aus Gas bis 2027, also noch in dieser Legislaturperiode, wäre definitiv ein großer Meilenstein.

EU ALS ERNSTHAFTEN GLOBAL PLAYER AUFSTELLEN

Dass sich Europa mehr um seine eigenen Probleme kümmern müsse, hat bereits Barack Obama während seiner Amtszeit als US-Präsident mehrmals betont (Grimm 2012), in seinem üblich freundlichen Ton.

Auch Joe Biden, der seit dem Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan gleich zu Beginn seiner Amtszeit international weniger interventionistisch agieren wollte, mahnte die EU zu mehr Eigenverantwortlichkeit (Pohl 2022). Allein sein über viele Monate ausgehandeltes und im Dezember in Kraft getretenes US-Inflationsbekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act, IRA) konzentriert sich ausschließlich auf Klima- und Sozialpolitik in den USA, ohne Einbeziehung europäischer Partner (Pohl 2022; Haz/AL 2022). In die interventionistische Politik wurde die Biden-Administration durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 und den brutalen Angriff der Terrormiliz Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sozusagen hineingezogen. Auch im Kontext der internationalen Krisen und Kriege in Osteuropa und im Nahen Osten hätte Kamala Harris als gewählte US-Präsidentin nach wie vor die Ukraine unterstützt und auf einen nachhaltigen Frieden in Nahost hingearbeitet, allerdings genauso wie Biden deeskalierend und isolationistisch bzw. auf die US-Innenpolitik wie nur möglich fokussiert (Lory 2024).

So gesehen sollte Trumps besonders isolationistischer Kurs nicht allzu überraschend kommen, die Vehemenz seiner Worte und Taten sind es dann aber doch. Europa bleibt unter diesen Voraussetzungen eigentlich nichts anderes übrig, als stärker zusammenzuwachsen. Denn

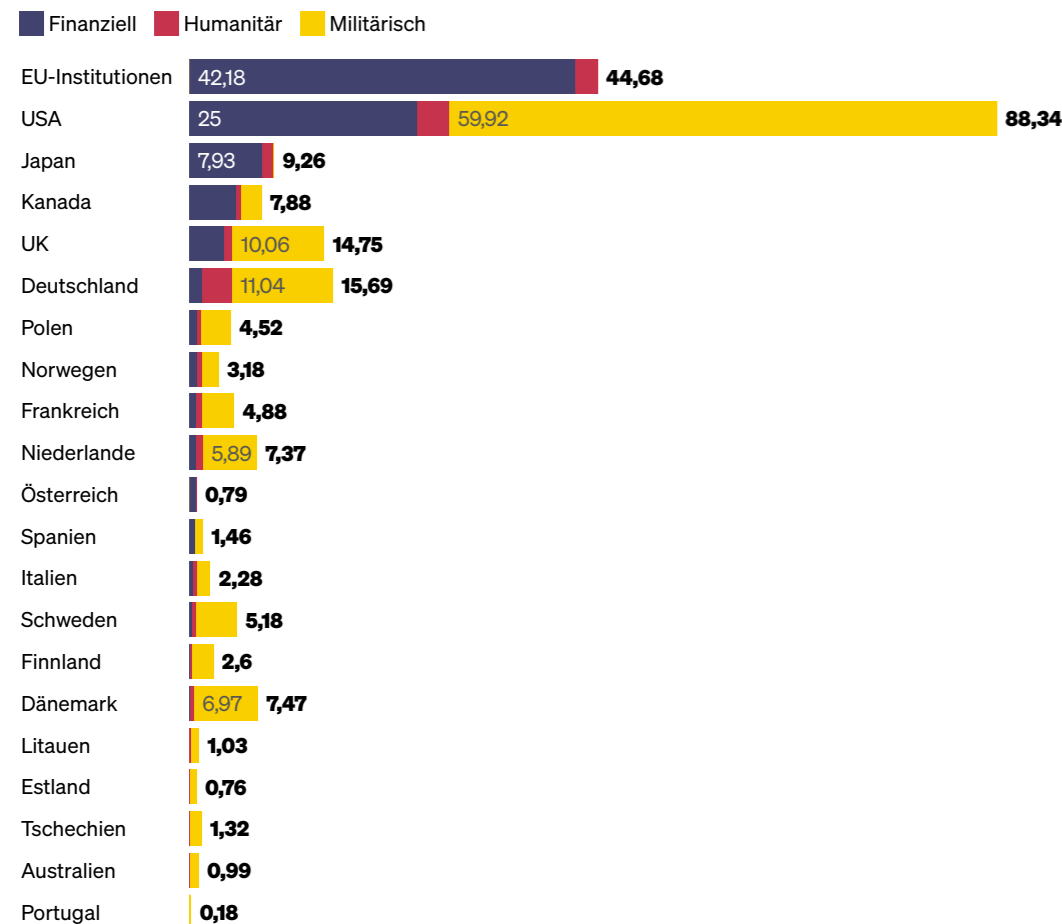
ungeachtet dessen, ob Trump Bidens Inflation Reduction Act aufheben wird oder nicht (Milman 2024), sind die Pflöcke gegenüber Europa längst eingeschlagen. Noch in seiner ersten Amtszeit bezeichnete Trump die EU als Feind und die NATO-Bündnispartner als Trittbrettfahrer, was er im Zuge seiner dritten Präsidentschaftskampagne wiederholte (Dale 2024; Eich 2024). Auf eine breite Rückendeckung der USA für Europa in Zeiten von Krisen und Kriegen wie gerade in der Ukraine lassen derartige Statements nicht gerade schließen.

Unter Berücksichtigung von Trumps verbalisierten Expansionsgelüsten in Richtung Kanada, Panama und Grönland zeichnet sich laut der Politologin Nathalie Tocci ein zugleich revisionistischer wie imperialistischer Kurs unter Trump II ab (zit. n. IWM 2025; Somavilla 2025). Der Europaexperte Stefan Lehne (2025) warnt sogar vor möglichen Brüchen des Völkerrechts unter Trump II. Obwohl man derzeit noch nicht weiß, wie ernst man Trumps Drohungen hier nehmen darf, sind dennoch weitere Konflikte neben den bereits bestehenden zu befürchten.

Der Ukraine-Krieg ist schon längst nicht der einzige, zu dem sich die EU in einem sich verändernden globalen Kontext positionieren muss. Und das möglichst mit einer Stimme, was aber nahezu aussichtslos mit Blick auf so unterschiedliche Länder wie Spanien oder Ungarn, Italien oder Schweden erscheint. Der brutale Angriff der Terrormiliz Hamas auf Israel und der dadurch neu entfachte Nahost-Konflikt stellen für die EU-Außenpolitik genauso eine große Herausforderung dar. Zumal es innerhalb der EU keine europaweit einheitliche Linie gibt, also weit

Die größte Ukraine-Hilfe kommt aus Europa finanziell und den USA militärisch

Geleistete Unterstützung zwischen 2022 und 2024, nach Art, Top-20-Länder und EU-Institutionen in Milliarden Euro



Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum von Jänner 2022 bis 31. Oktober 2024.

Quelle: IfW Kiel, Ukraine Support Tracker.

weniger als gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (Oberhofer 2024). Die Positionen reichen hier von der unmittelbaren Solidarisierung mit Israel bis zum europaweit drastisch angestiegenen Antisemitismus. Dass sich Trump in seiner wie gewohnt zugleich widersprüchlichen und unberechenbaren Art noch vor seiner Inauguration in den Nahostkonflikt eingemischt hat, dürfte weder deeskalierend wirken noch Europas Außenpolitik helfen. Scheinbar wieder gut angekommen auf dem internationalen Parkett, setzte Trump am 1. Dezember 2024 der Terrormiliz Hamas quasi ein Ultimatum, die noch am Leben gebliebenen israelischen Geiseln noch vor seinem zweiten Amtsantritt freizulassen. Andernfalls würde der Nahe Osten – frei übersetzt – durch die Hölle gehen („all hell to pay“, zit. n. Haltiwanger 2025), ohne auszuführen, wie katastrophal es in diesem Kriegsgebiet noch werden könnte. Das auf US-Vermittlung erreichte Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Terrormiliz Hamas hat zumindest vorläufig für ein kurzes Aufatmen gesorgt.

Hindernisse für ein gemeinsames Europa

Da es in Zukunft erwartungsgemäß mehr Konflikte statt weniger geben wird und die USA und China zusehends auf einen Wettkampf um die globale Vormachtstellung zusteuern, droht Europa dazwischen aufgerieben zu werden. Noch dazu ist der Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wegen steigenden nationalstaatlichen Bestrebens ins Stocken geraten. Das widerspricht klar der Forderung des einstigen EU-Kom-

missionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die EU nicht nur als Global Payer, sondern auch als Global Player aufzustellen (Europäisches Parlament 2018).

Nicht wenigen liegt das Zitat des einstigen US-Außenministers, US-Staatssekretärs und Sicherheitsberaters Henry Kissinger in den Ohren: „Who do I call if I want to call Europe?“ (übersetzt: „Wen kann ich anrufen, wenn ich mit Europa sprechen will?“). (European Political Strategy Centre 2019)

Diese Ansprechperson für eine gemeinsame außenpolitische Position der 27-EU-Mitgliedsländer könnte nun die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas sein, die noch als estnische Regierungschefin wegen ihrer dezidiert proukrainischen Haltung auf die russische Fahndungsliste gesetzt wurde. Zudem zeigt sie in ihrer neuen Funktion eindeutig, dass sie diese Rolle überzeugend übernehmen könnte. Misstrauisch beäugt wird dies allerdings von einigen Außenminister:innen der 27 EU-Mitgliedsländer, die wiederum in ihren Kompetenzen nicht beschnitten werden möchten (Wetzels 2025). Die globalen Entwicklungen rund um die Konkurrenz zwischen den USA und China widersprechen unterdessen kleinteiligen Machenschaften innerhalb der EU. Abgesehen vom Fokus auf den indopazifischen Raum ist es auch Afrika, wo China mit Milliardeninvestitionen zusehends seinen Einfluss ausweitet. (Endriss 2024; Schott 2023; Steimer 2024)

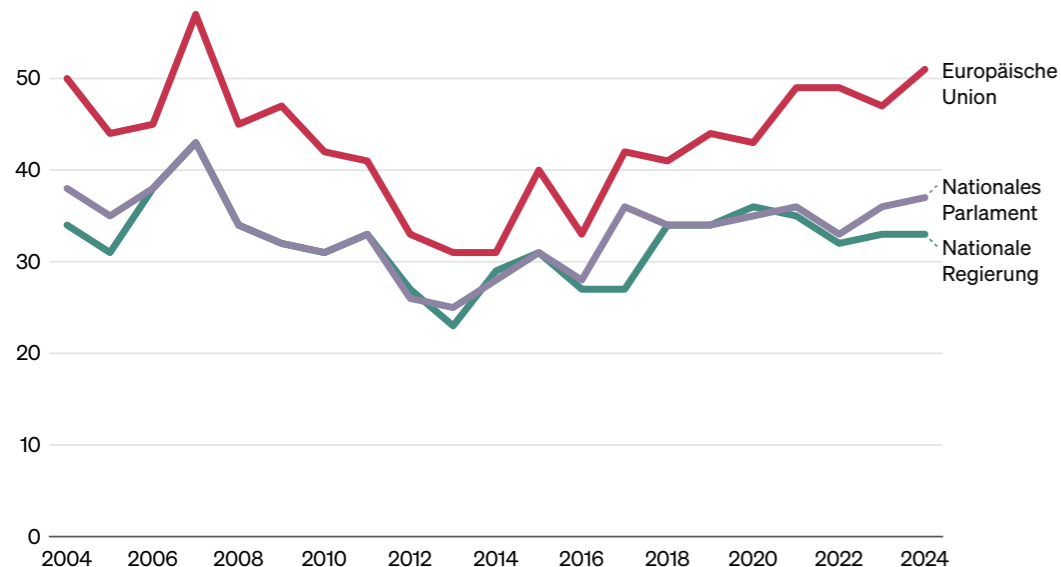
Stockende EU-Integration und -Erweiterung

Vor großen Herausforderungen steht nicht nur die EU-Integration, sondern auch die EU-Erweiterung. Lange Zeit wurde die EU-Integration von der EU-Erweiterung abgegrenzt, mit dem Argument, dass sich die EU zunächst Reformen unterziehen müsse, um überhaupt

weitere Mitglieder wie vor allem die sechs Westbalkanstaaten (WB6) aufnehmen zu können. Zugleich begann sich nach der Aufnahme des bisher letzten neuen EU-Mitgliedslands Kroatien 2013 eine Erweiterungsmüdigkeit einzuschleichen. Begleitet wird dies von stockenden EU-Beitrittsverhandlungen, sprich stockenden Reformen in den EU-Kandidatenländern, die nicht nur Frust unter der Bevölkerung im ewigen EU-Warteraum,

Eurobarometer: Vertrauen in die EU 2024 auf dem höchsten Stand seit 2007

Vertrauen in unterschiedliche Institutionen, in Prozent



Frage im Original: „Wie groß ist Ihr Vertrauen in bestimmte Institutionen? Vertrauen Sie den folgenden Institutionen eher oder vertrauen Sie ihnen eher nicht?“ Ab dem Jahr 2020 wurden die Ergebnisse der 2. Jahreshälfte verwendet.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Standard Eurobarometer

sondern damit verbunden auch EU-Skepsis in diesen Ländern zusätzlich forcieren. Diese EU-Skepsis hat in manchen dieser Länder seit den 2020er Jahren die zuvor große EU-Euphorie zu verdrängen begonnen. Das verdeutlichen die aktuellen Eurobarometer-Umfragen.

Während beispielsweise in Albanien als einem Musterbeispiel der EU-Annäherung die meisten EU-Befürworter:innen zu finden sind, bilden mittlerweile in Serbien die EU-Skeptiker:innen die Mehrheit (European Union; EWB 2024), parallel zum Reformstau. Das kann auch als Ergebnis einer antidemokratischen und europafeindlichen Stimmungsmache seitens der stabilokratischen Regierung gesehen werden, die sehr gute Beziehungen zu Putin pflegt, dem wiederum alle Mittel recht sind, Europa zu destabilisieren.

Vor diesem Hintergrund haben die Wiederaufnahme und ernsthaft intendierte Ausgestaltung der EU-Erweiterungspolitik eine geopolitische Dimension und folglich geostrategische Intention. Einerseits zeigt sich auf EU-Ebene eine überwiegende Zustimmung der Unterstützung für die Ukraine und der EU-Sanktionen gegen Russland. Andererseits wurden mit der Ukraine und der Republik Moldau, die seit 2022 Kandidatenstatus erhalten haben, im Dezember 2023 die Beitrittsgespräche offiziell eröffnet. Beim selben Gipfel der EU-Staats- und Regierungschef:innen wurde außerdem Georgien der Kandidatenstatus zuerkannt. (Báchora 2024, 13)

Unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2023 wurde schließlich die „Strategische Agenda 2024–2029“ beschlossen. Neben den üblichen liberaldemokratischen Zielen wie Schutz der Freiheiten von Bürger:innen, solide Wirtschaftspolitik und nachhaltige Klimapolitik wie auch Verbreitung europäischer Werte sind nun auch klar sicherheits- und verteidigungspolitische Prioritäten mit dieser neuen Agenda festgelegt: also Sicherheit und Verteidigung an erster Stelle, dann Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit, genauso wie Energie, Migration, globales Engagement und schließlich Erweiterung. (Báchora 2024, 14) Europa muss sich also nach innen und außen besser aufstellen.

Die bereits genannten Eurobarometer-Ergebnisse bestärken diese Notwendigkeit zusätzlich. Denn insgesamt ist das Vertrauen in die EU so hoch wie zuletzt im Jahr 2007, also noch vor allen späteren Krisen (Eurokrise, Migrationskrise, Covid-19-Krise, Ukraine- und Energie-Krise sowie Inflation).

Lehre 4: Förderung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik

Eine gemeinsame europäische Position wird somit gegenüber Trump unerlässlich sein. Schließlich wird vermutet, dass er sich lieber auf Deals mit einzelnen (kleineren) EU-Mitgliedsländern einlassen will, anstatt der EU-Spitze als Vertreterin von 27-EU-Mitgliedsländern gegenüberzutreten. Das allerdings schwächt die Position der EU insgesamt.

Einheitliche EU-Stimme im globalen Gefüge erforderlich

Mit einem entsprechend erweiterten Portfolio könnte es genau die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas sein, die ein längst erforderliches starkes Gesicht der EU nach außen zeigt. Notwendig sind daher die Stärkung ihrer Funktion und das Vertrauen der EU-Mitgliedsländer in ihre Person.

Lehre 5: Voranbringen der EU-Integration und EU-Erweiterung

Es ist höchste Zeit, den stockenden EU-Integrations- und -Erweiterungsprozess zusammenzudenken und voranzubringen. Schließlich geht es um die Stärkung der EU nach innen und außen.

Berlin-Prozess wiederbeleben und Aufnahme der Westbalkanstaaten (WB6) abschließen

Der 2014 von der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufene Berlin-Prozess muss endlich konkrete Gestalt annehmen und den Beitritt der WB6 abschließen. Je länger diese im Nimbus bzw. EU-Warteraum verweilen, desto größer wird Russlands disruptiver Einfluss auf diese, was sich schließlich negativ auf Europa insgesamt auswirken wird.

Gebot der Stunde für neue EU-Kandidatenländer aus bisheriger EU-Nachbarschaft

Dass bisherige Länder der EU-Nachbarschaft inzwischen den Kandidatenstatus erhalten haben, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt sollte man die Schlüsse aus dem zu lange dauernden WB6-Beitrittsprozess ziehen und bei der Republik Moldau, Georgien und nach Kriegsende bei der Ukraine mehr Tempo zulegen. Schließlich liegen gerade diese Länder im destruktiven Großmachtinteresse des Kremls.

Lehre 6: Einheit im Umgang mit Russland und China

Eine akkordierte Linie ist aber auch gegenüber Russland und China dringend notwendig. Sämtliche sogenannte „Putin-Versteher“ (Rauscher 2023) schwächen als zentrifugale Kräfte letztlich die geopolitische Bedeutung der EU insgesamt. Ebenso wie gegenüber dem Kriegstreiber und mittlerweile seitens des Internationalen Strafgerichtshofs angeklagten Kriegsverbrecher Putin eine klare und unmissverständliche Linie erforderlich ist, ist eine solche auch gegenüber China dringend notwendig.

Gemeinsame europäische Haltung gegenüber autoritären Mächten

Nachdem die USA unter Trump II ein zusehends unberechenbarer globaler Player werden, gilt es für Europa umso mehr, international mit einer Stimme zu sprechen und keine Alleingänge wie vor allem unter der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft zuzulassen. Nur so kann Europa gegenüber autoritären Machthabern glaubhaft und stark zugleich auftreten und entsprechend ernst genommen werden.

Lehre 7: Zusammenarbeit mit weiteren Verbündeten intensivieren

Parallel dazu ist es höchste Zeit, Allianzen mit liberaldemokratischen Staaten weltweit zu bilden bzw. zu intensivieren. Ein Weg wäre, an bereits bestehenden Kooperationen anzusetzen und diese auszuweiten. So sollte man die Global Gateway Initiative in Afrika evaluieren und zusätzlich stärken. Ziel muss es sein, eine liberaldemokratische Initiative zur Neuen Seidenstraße Chinas zu haben.

Verstärkte Allianzen mit Kanada, Asien und globalen Partnern

Gerade mit Kanada, das genauso wie Europa von Strafzöllen empfindlich betroffen sein wird, und auch mit Japan könnten neue produktive Interessengemeinschaften entstehen, quasi als globale Gegenreaktion auf den isolationistischen und protektionistischen Kurs der USA. Kanada ist etwa berechtigt, an Horizon-Europe-Projekten teilzunehmen. Das Erasmus+-Programm ist für weltweite Projekteinreichungen offen, sodass sogar in Neuseeland EU-Projekte umgesetzt werden. Eine ähnliche Öffnung von strategischen Investitionen könnte es auch in anderen Bereichen geben, um die Rolle der EU in der Welt zu stärken. Dafür müsste aber das EU-Budget tragfähiger werden.

EIGENE VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT SICHERN

Was Trumps Vorgänger Barack Obama und Joe Biden immer wieder mit freundlicheren Worten betont haben, bringt Donald Trump ebenso unmissverständlich wie feindselig auf den Punkt: Europa muss sich um seine Sicherheit und Verteidigung selbst kümmern und kann nicht mehr sozusagen auf den Onkel aus Amerika warten.

Hatte Trump bereits während seiner ersten Amtszeit einen Rückzug der USA aus dem Transatlantik-Pakt angedroht, sollten die europäischen NATO-Partner ihr Verteidigungsbudget nicht erhöhen, so ist er mittlerweile in seiner Rhetorik noch aggressiver geworden. Nicht nur dass die USA der NATO-Beistandspflicht nicht mehr nachkommen würden, auch würde er wortwörtlich Putin „ermutigen“ (Der Standard 11.02.2024), all jene Staaten anzugreifen, die nicht 2 Prozent ihres jährlichen Bruttoinlandsprodukts an die NATO abführen. Seit Jänner 2025 spricht er sogar von 5 Prozent (Tagesschau 07.01.2025)

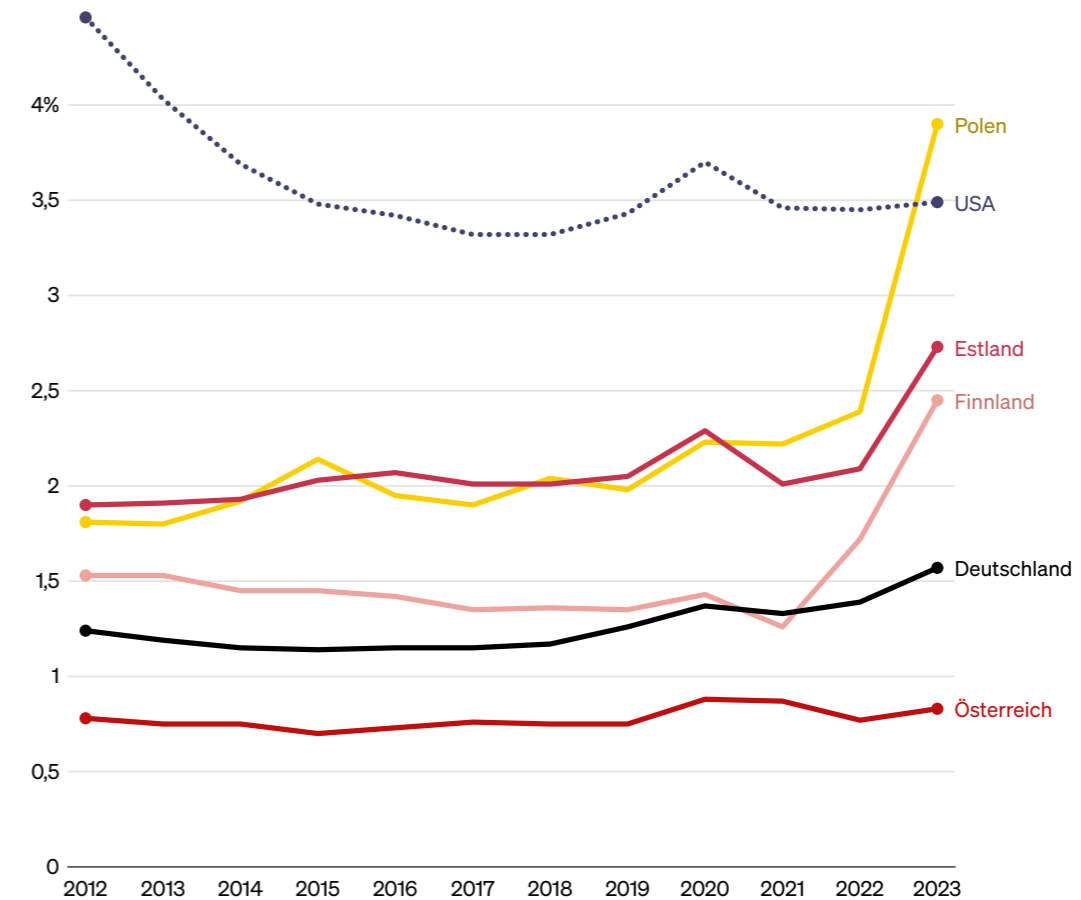
Trump nährt nicht nur Bedrohungsszenarien wie den möglichen US-Rückzug aus der NATO, sondern auch eine verringerte Unterstützung der Ukraine. Für die Ukraine und für Europa hätte das katastrophale Folgen, die von einem aufgezwungenen Diktatfrieden, hohen Flüchtlingsströmen nach Europa bis zur permanenten Unsicherheit in und hohen Erpressbarkeit von Europa reichen könnten, verbunden mit rasant steigenden Kosten in allen Lebensbereichen. (Báchora 2024, 14; Binder, Schularick 2024)

Die weitgehende Unberechenbarkeit Trumps führt auch dazu, dass all seine Drohungen nicht von allen gleichermaßen ernst genommen, sondern als Einschüchterungstaktik gewertet werden. Denn als „Bully“ (Augé 2024) ist Trump bereits während seiner ersten Präsidentschaft aufgetreten. Auch sein zukünftiges Verhältnis zu Putin bleibt bisher unklar, haben sie doch vor der russischen Invasion in der Ukraine eine gute Bekanntschaft gepflegt.

Was Putin mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine unmittelbar entfacht hat, ist die europaweit bisher lauteste sicherheitspolitische Debatte seit dem Kalten Krieg. So überrascht es nicht, dass es seit 2024 erstmals einen EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt gibt. Mit dieser Funktion anvertraut wurde Andrius Kubilius, ehemaliger litauischer Ministerpräsident und EVP-Mitglied. Schließlich geht es nicht nur um die mittlerweile oft rhetorisch bemüßigte „Zeitenwende“ seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, sondern um eine grundlegende Änderung der globalen Ordnung. Das bisher seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vorherrschende unipolare System unter US-amerikanischer Führung wird gerade verdrängt von einem multipolaren System mit konkurrierenden regionalen Mächten. Dieser Machtkampf spielt sich ab vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen (Nadjivan 25.03.2024; Tchakarova 2024; Hauser 2024b).

Militärausgaben: Wo die Zeitenwende ersichtlich wird

Ausgaben für Verteidigung in Prozent des BIP, 2012–2023



Quelle: SIPRI, NATO.

Kleinteiliges Konkurrenzdenken

Dass es bisher zu keiner Vertiefung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Integration gekommen ist, also der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), hat zwei zentrale Gründe: Einerseits liegt es an unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsprioritäten der Mitgliedstaaten und andererseits an der mangelhaften europäischen Industriepolitik im Rüstungssektor. Solange einzelstaatliche Wirtschaftsinteressen und heimische Industrieunternehmen wichtiger sind als europäische Beschaffungsvorgänge, wird sich Europa geo-, sicherheits- und verteidigungspolitisch nicht als ernstzunehmender Player auf dem internationalen Parkett präsentieren können. (Feierabend, Nadjivan, Reiter 2023) Allein die Tatsache, dass der EU bis jetzt nicht zugetraut wird, eine eigene Sicherheitsarchitektur aufzubauen, verdeutlicht dieses Dilemma. Und das, obwohl die Militärausgaben der EU-Mitgliedsländer zusammengerechnet dreimal so hoch sind wie jene Russlands. Demnach korrelieren die europaweiten Militärausgaben nicht mit Europas Position weltweit.

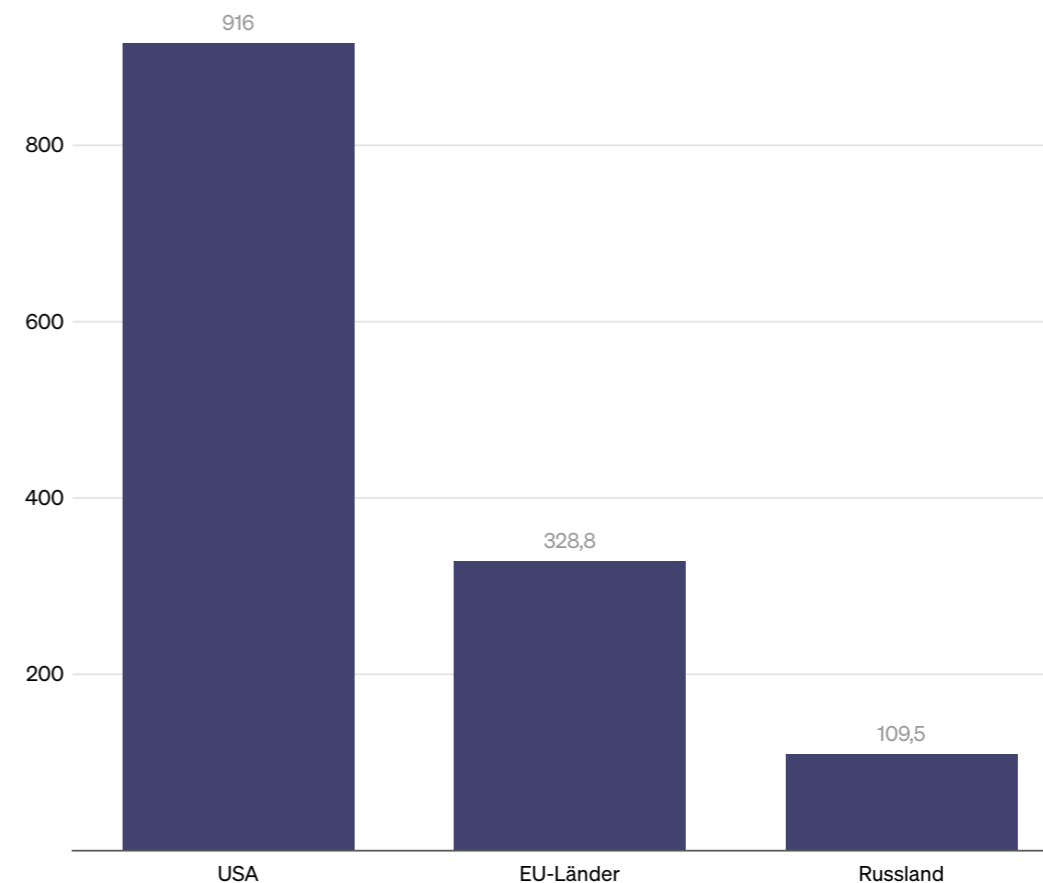
Strategische Weichenstellungen

Die Diskussion rund um die „strategische Autonomie“ Europas bringt der französische Präsident Emmanuel Macron auch immer wieder aufs Tapet, ist er doch der größte Verfechter der Idee, Europa in den zentralen Bereichen wie Verteidigung, Wirtschaft, Technologie, Klimaschutz, Gesundheit und Migration unabhängig zu machen. (Hasselbach 2023; Schett 21.04.2023) Auch im Europäischen Rat war die strategische Autonomie immer wieder Thema. Befeuert wurde es nicht nur durch die erste Trump-Präsidentschaft, sondern auch durch die Covid-19-Pandemie, als Lieferengpässe beim Import von medizinischen Produkten nach Europa aufkamen. Das hat das Risiko von Auslagerungen wichtiger Produktionsstätten in anderen Teilen der Welt verdeutlicht und Bestrebungen nach größerer Autonomie im globalen Kontext bestärkt (Borrell 2020).

Diese Unabhängigkeit ist unterdessen noch nicht in allen Bereichen in gleichem Ausmaß erreicht. Ausreichend unabhängig ist die EU in Wirtschaft und Gesundheit, zufriedenstellend ist ihre Unabhängigkeit bei Verteidigung, Klimaschutz und Migration, und ganz schlecht fällt sie im Bereich Technologie aus. (Hasselbach 2023) Hinzu kommt, dass nicht alle Mitgliedsländer gleichermaßen an einer europäischen Autonomie Interesse haben, vor allem bezogen auf Russland und dessen Einfluss auf antieuropäische Kräfte in Europa.

Für Verteidigung gibt die EU rund dreimal so viel aus wie Russland

Militärausgaben im Vergleich, 2023 in Mrd. Dollar



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

Noch vor Ende der vorherigen EU-Legislaturperiode wurden im Dezember 2023 auf EU-Ebene wichtige „strategische Weichenstellungen“ für die aktuelle Legislaturperiode bis 2029 gelegt, damit veränderte Mehrheitsverhältnisse – mit Blick auf den schon damals befürchteten Rechtsruck – im EU-Parlament nicht so einfach den Weg zur Vertiefung der GASP/GSVP blockieren können. (Báchora 2024, 13) Fertiggestellt und verabschiedet wurde die „Strategische Agenda 2024–2029“ dann letzten Juni. Sie ergänzt sozusagen den „Strategischen Kompass“, der einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vom EU-Rat verabschiedet wurde und in Reaktion auf die neue Bedrohung einen umfangreichen Aktionsplan zur Vertiefung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis 2030 beinhaltet, darunter die wesentlichen vier Säulen „Handeln“, „Investieren“, „Mit Partnern zusammenarbeiten“ und „Sichern“. (Rat der Europäischen Union 21.03.2024)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohung durch Russland und des nicht friktionslosen Verhältnisses mit China hat die Strategische Agenda zum Ziel, die Abhängigkeiten von beiden Großmächten bestenfalls abzustellen. Daher priorisiert sie als Fahrplan für die nächsten fünf Jahre Europas Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit, ganz klar ein Schwerpunkt der zweiten Amtszeit von der Leyens. Auch der Green Deal, obwohl mit Blick auf Industrie und Landwirtschaft europaweit nicht unumstritten, hat zum Ziel, Europa von fossilen Brennstoffen unabhängig und bis 2050 kohlenstoffneutral zu machen. (Marques da Silva 18.06.2024)

Offen ist derzeit noch die Frage nach der Finanzierung dieser Pläne, allein wenn man an die europäische Verteidigung denkt. So kursieren verschiedene Schätzungen auf EU-Ebene. Nichtsdestotrotz fand Andrius Kubilius bei seiner Anhörung für die Funktion des EU-Verteidigungskommissars im EU-Parlament deutliche Worte. Für die eigene Verteidigung müsse die EU bis 2028 zehn Milliarden Euro aufwenden. Weitere 700 Milliarden Euro seien für die Verbesserung der Infrastruktur wie auch für den Aufbau eines eigenen EU-Luftverteidigungsschildes notwendig, so Kubilius. (Lenus, Soler 2024) Mit seinen Berechnungen schlägt Kubilius in die gleiche Kerbe wie zuvor Kaja Kallas mit ihren geforderten 100 Milliarden Euro für den europäischen Verteidigungsfonds. Während des Europawahlkampfes ließ die jetzige EU-Außenbeauftragte, damals estnische Premierministerin, mit der Forderung einer – nur auf den ersten Blick – hohen Summe für die Verteidigung aufhorchen (Whyte 2024). Inzwischen wächst das Bewusstsein darüber, wie wichtig eine gemeinsame europäische Verteidigung – ja Verteidigungsunion (Witney 2024) – ist, um für mögliche externe Angriffe gewappnet zu sein. Vergleichsweise gering fallen die aktuellen Mittel des Verteidigungsfonds aus: 8 Milliarden für den Zeitraum von 2021 bis 2027, um mitunter Forschungsaktivitäten und Kooperationsprojekte zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit zu fördern (Europäische Kommission 16.05.2024).

Einen wesentlichen Schritt in Richtung gemeinsame Luftabwehr und -verteidigung bildet die European Sky Shield Initiative (ESSI), die der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz im Oktober 2022 gestartet hat. Die perma-

nenten Luftangriffe Russlands auf die Ukraine verursachen dort Zerstörung, Leid und Tod in unvorstellbarem Ausmaß und stellen zugleich eine Bedrohung für ganz Europa dar. Bisher sind 21 Staaten beigetreten, darunter auch neutrale Länder wie Österreich und die Schweiz, was man letzten Mai auch schriftlich in Brüssel bestätigt hat. (Hauser 2024, 46; Der Standard 28.05.2024)

Bedrohungen im Cyberspace

Bedrohungen aus der Luft sind längst nicht die einzigen. Zu den konventionellen kommen auch Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur als Teil der hybriden Kriegsführung (Tagesschau 04.12.2024). Allein Cyberkriminalität macht in einigen EU-Mitgliedsländern inzwischen die Hälfte aller begangenen Straftaten aus und verursacht jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe. Cyberangriffe gehören somit längst zur täglichen Bedrohungslandschaft in Europa und der Welt. (Europäischer Rat 2024; ENISA 2024; Reiter, Feierabend 2022)

Während Russland gezielt Cyberattacken auf die kritische Infrastruktur verübt, und das nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen ihre Verbündeten, gehen globale Spionageoperationen auf das Konto von China und Hackerangriffe auf jenes von Nordkorea. (Unger, Hikes-Wurm 2024, 67)

Angesichts all der rasanten Fortschritte, aber auch Bedrohungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sind wichtige Grundlagen für die

digitale Transformation in Europa schon gesetzt worden, und zwar mit dem European Media Freedom Act, weiters dem Politikprogramm für die digitale Dekade und dem European Chips Act.

Im Unterschied dazu hat das US-Verteidigungsministerium eine Cyber-Strategie entwickelt, die auf Stabilität bei Cyberpolitik setzt, ohne wirklich innovative Ansätze für zukünftige Entwicklungen zu bieten. In Europa hat man sich Ende 2023 auf weitreichende Regelungen zur Anwendung von KI geeinigt, den militärischen Bereich aber ausgelassen. Einerseits sollen bei den Regelungen die digitalen Menschenrechte eingehalten, andererseits globale Standards als Referenzpunkt für internationale Bestimmungen für diesen Bereich gesetzt werden. (Unger, Hikes-Wurm 2024, 74f.)

Insgesamt geht es bei den seit 2020 initiierten EU-Maßnahmen darum, die digitale sowie technologische Eigenständigkeit der EU zu stärken und gleichzeitig Cybersicherheit zu garantieren. Besorgniserregend ist dagegen der Fachkräftemangel im Cybersecurity-Sektor, vor allem weil dieser Sektor inzwischen zu einem der am stärksten wachsenden Märkte geworden ist. (Europäischer Rat 2024; ENISA 2024; Reiter, Feierabend 2022) Um diesen Herausforderungen entsprechend zu begegnen, benötigt es einen ganzheitlichen Zugang auf europäischer Ebene.

Öffentlicher Sektor besonders im Visier hybrider Kriegsführung

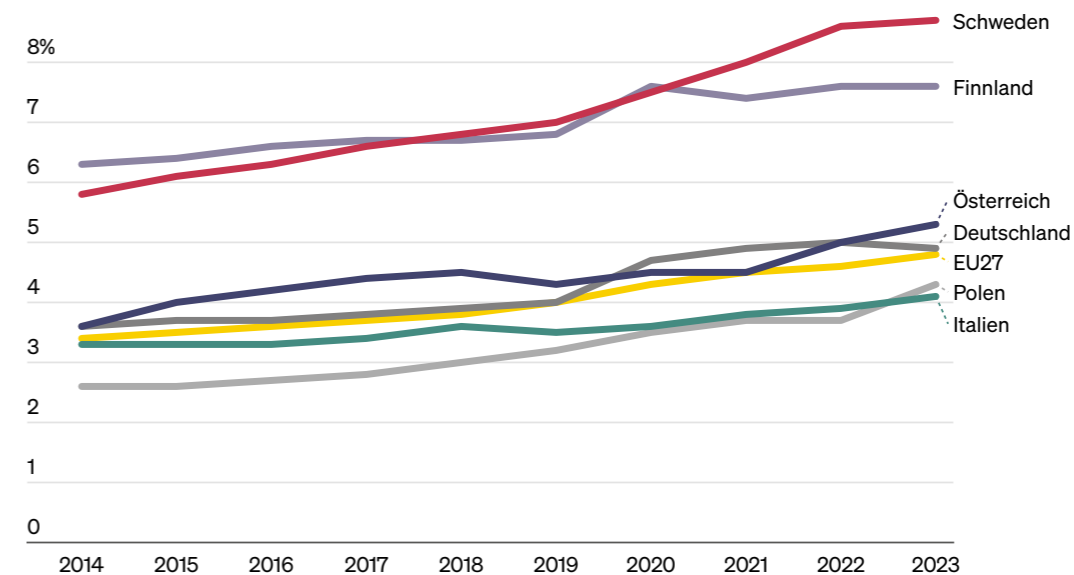
Kritische Cyber-Angriffe auf unterschiedliche Sektoren zwischen Juli 2023 und Juni 2024 in Tausend

Sektor	Anzahl
Öffentliche Verwaltung	188
Verkehr	111
Finanz/Banken	90
Anbieter von digitalen Diensten	81
Breite Öffentlichkeit	79
Bauwesen	63
Medien/Unterhaltung	48
Gesundheitswesen	41
Energie	32
Einzelhandel	32
ITK-Dienstleistungsmanagement	32
Bildung/Wissenschaft	32

Tabelle: NEOS Lab • Quelle: ENISA 2021

Rasanter Anstieg der IKT-Fachkräfte im Jahres- und Ländervergleich

Der Anteil von IKT-Fachkräften in Prozent der Gesamtbeschäftigung ist in Europa deutlich angestiegen.



Grafik: NEOS Lab • Quelle: Eurostat

Lehre 8: Strategische Autonomie ausbauen und von den USA unabhängiger werden

Europa darf keinesfalls die zweite Amtszeit von Donald Trump verschlafen und ist aufgerufen, sich verteidigungspolitisch verstärkt zu emanzipieren. Andernfalls könnte es ein böses Erwachen geben, zumal es sich bei möglichen zukünftigen Konflikten nicht mehr auf die USA verlassen kann. Ganz im Gegenteil könnte Trump II mit all den zu erwartenden Schockwellen (u. a. infolge von Trumps Annexionsgelüsten gegenüber Kanada, dem Panamakanal und Grönland) Europa dabei helfen, sich als verlässlicher globaler Partner zu präsentieren und liberaldemokratische Netzwerke weltweit zu stärken. Notwendig dafür ist eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsstrategie. Die Akkordierung nach innen wird beim Agieren nach außen eine wichtige Rolle spielen, um mit einer Stimme zu sprechen. Die Außenbeauftragte Kaja Kallas und der Verteidigungsbeauftragte Andrius Kubilius können bereits als wichtige Gesichter der EU fungieren. Jetzt geht es darum, ihnen auch die entsprechenden Kompetenzen – ohne nationalstaatliche Missgunst – anzuvertrauen.

Lehre 9: Das westliche Bündnis stärken und gleichzeitig eigenständig werden

Trump's mehrmalige Drohung, aus der NATO zukünftig aussteigen zu wollen, sollte dahingehend ernst genommen werden, dass die eigene europäische Verteidigungskompetenz gestärkt werden sollte. Zugleich sollte die EU ihre grundsätzlich guten diplomatischen Beziehungen mit den USA pflegen, auch wenn Trump immer wieder Bullying betreibt. Wichtig dabei ist der Kontakt auf Augenhöhe – auch mit dem Wissen, dass Trump einen autoritären Politiker verkörpert und gegenüber liberaldemokratischen Kräften keinen Respekt hat, weil in seinen Augen zu lasch. Davon abgesehen geht es jetzt auch um eine verstärkt gute Kontaktpflege mit allen anderen NATO-Partnern, allen voran außerhalb der EU, wie UK und Kanada. Falls die USA aus dem Bündnis tatsächlich austreten sollten, wären dann noch immer starke Verbündete an Bord. Die jährlich tagende Münchner Sicherheitskonferenz könnte in ihrer strategischen Bedeutung aufgewertet und verstärkt als Planungstool für NATO- und EU-Mitgliedsländer genutzt werden.

Möglichen Spannungen zwischen NATO und EU entgegenwirken

Auch wenn noch viele NATO-Vertreter:innen und internationale Expert:innen der Schaffung von Parallelstrukturen zur NATO keine Chance einräumen, wird in einem stärker integrierten Europa auf lange Sicht eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik inklusive einer

EU-Armee, als Privatarmee organisiert, notwendig sein. Hier sollten in Zukunft durch klare Kompetenzverteilungen zwischen NATO und EU-Streitkräften mögliche Spannungen vermieden werden. Zuvor sind allerdings noch viele Akkordierungen bezüglich europäischer Entscheidungskompetenz, Rüstungsproduktion, Einkauf und Logistik erforderlich.

Dringende Fortsetzung (kein Abbruch!) der finanziellen, humanitären und militärischen Hilfe für die Ukraine

Obwohl sich allmählich eine gewisse Kriegsmüdigkeit unter den EU-Mitgliedsländern bezüglich der Unterstützung für die Ukraine breitmacht und befürchtet wird, dass die Hilfen in diesem Jahr geringer als in den Vorjahren ausfallen werden, darf die Ukraine keinesfalls bei ihrer Verteidigung gegen den Aggressor Russland alleingelassen werden. Ein Ende der Hilfen für die Ukraine würde Europa deutlich teurer kommen als die aktuell anhaltende Unterstützung, weil bei einem Sieg Russlands oder einem befürchteten – möglicherweise von Trump vermittelten – Diktatfrieden Europa insgesamt geschwächt und erpressbar wäre. Dass Russland seine imperialistische Aggression auf weitere Staaten Europas ausweitet, wäre folglich nicht ausgeschlossen.

Lehre 10: Investitionen in Rüstungsindustrie und Infrastruktur steigern

Um in Europa strategische Autonomie zu erreichen und die eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken, sind Investitionen in Rüstungsindustrie und Infrastruktur notwendig. Hier sollten nationalstaatliche Wirtschaftsinteressen und die Konkurrenz unter den EU-Mitgliedsländern überwunden werden und in den europäischen Ausbau, verbunden mit klaren Kompetenzverteilungen, investiert werden. Wie bei allen großen Herausforderungen liegen die Lösungen in einem gemeinsamen Europa, Stichwort Verteidigungsunion. Nur so kann sich Europa im globalen Kontext verteidigungspolitisch als starker Player positionieren. In unmittelbarer Nachbarschaft ist es auch die Bedrohung durch den russischen Aggressor, die dabei minimiert werden soll.

Förderung einer wettbewerbsfähigen Verteidigungsindustrie und moderner Infrastruktur

Europa benötigt daher eine gemeinsame europäische Verteidigungsindustrie mit gemeinsamen Standards statt konkurrierender nationalstaatlicher Produktionsstätten. Nur so können europäische Sicherheitsinteressen autonom abgesichert werden. Erforderlich dafür sind tatsächliche gemeinsame Ziele in einer vertieften Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auch von allen EU-Mitgliedsländern getragen werden.

Lehre 11: Transatlantische Technologiepolitik gestalten

Während die USA bei Technologiepolitik verstärkt auf Innovation setzen, ist Europa auf Regulierungen, um nicht zu sagen, Überregulierungen, fokussiert. Zugleich passen die USA ihre Regelwerke teilweise der EU an, was unter Trump II fraglich werden könnte. (Wallsten 2024; IT Boltwise 2024) Um durch mögliche Überregulierungen Innovationen nicht im Keim zu ersticken, ist Europa aufgefordert, entsprechende Freiräume zu gewährleisten. Nur so kann es sich international behaupten, insbesondere im Wettbewerb mit den USA und China, statt weit abgeschlagen zu werden. Außerdem könnte es sich für die beiden wie für andere Player als interessanter Kooperationspartner in Sachen Forschung und Entwicklung positionieren.

Fokus auf Datenschutz, Cybersicherheit und digitale Souveränität

Angesichts der steigenden Zahl von Cyberattacken muss Europa auf die eigene Cybersicherheit setzen. Mehr denn je sind Datenschutz, Cybersicherheit und digitale Souveränität erforderlich, und zwar auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Standards. Wichtige Schritte in Richtung DSGVO etc. wurden bereits gesetzt. Jetzt geht es darum, diese Errungenschaften in Europa so weit zu vereinheitlichen, dass keine nationalstaatlichen Alleingänge unternommen werden. Klar unterschieden werden sollte zwischen internationalen Kooperationen in Sachen Forschung und Entwick-

lung und Cyber- sowie Datensicherheit. Das ist umso dringlicher in Zeiten von VUCA (Volatilität, Unsicherheit, Komplexität, Ambiguität), in denen noch schwer abzuschätzen ist, wie sich multilaterale Verhältnisse und vor allem das Verhältnis zwischen der EU und den USA unter Trump II entwickeln werden.

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT SCHÜTZEN

Schon vor seiner Inauguration hat sich Trump von seinem „First Buddy“ Elon Musk, seines Zeichens Tesla-Gründer und Tech-Milliardär, anstacheln lassen und fast eine Staatskrise rund um den bereits zuvor im Kongress beschlossenen und danach nochmals bestätigten Haushaltskompromiss angefacht (Tagesschau 21.12.2024).

Elon Musk selbst hat begonnen, sich in die europäische Parteienpolitik einzumischen, und das zugunsten der rechtspopulistischen Kräfte wie der deutschen AfD – etwa mit dem umstrittenen X-Talk von Musk und AfD-Chefin Alice Weidel (Paternoster 2025) – und Fratelli d'Italia von Regierungschefin Giorgia Meloni (dpa 2025) – etwa über die mögliche, jedoch sicherheitsbedenkliche Nutzung Italiens von Musks Starlink-Satelliten. Dieses Recht, quasi Weltpolitik zu machen (Bolzen 2024), scheint sich Musk mitunter wegen seiner Tesla-Fabrik in Deutschland herauszunehmen, es verstößt allerdings gegen deutsches Recht zu internationaler Parteienförderung und gegen das neue digitale Regelwerk der EU (Paternoster 2025).

Man wird sich also unter der zweiten Präsidentschaft von „Bully“ Trump mit dessen „First Buddy“ Musk auf eine gewisse Art von Willkürherrschaft autoritären Stils oder zumindest Bestrebungen nach einer solchen gefasst machen müssen. Trump ist natürlich nicht der Erste, der sich über seine verfassungsrechtlich – und übrigens auch für die USA völkerrechtlich – klar definierten Kompetenzen hinwegzusetzen

versucht. Inspiriert wird er insbesondere von seinem Freund Viktor Orbán, der mit seiner sogenannten illiberalen Demokratie – sprich antidemokratischen und antieuropäischen Politik – Grundfreiheiten und rechtsstaatliche Normen systematisch auszuhebeln versucht. In den USA, konkret in republikanischen und vor allem evangelikalen Kreisen, ist Orbán aufgrund seiner autokratischen Regierungsweise, Stichwort Orbánisierung, auch gern gesehener Gast. In diesem Sinn verwundert es nicht, dass Autokraten wie Trump, Orbán und sogar Putin gute Kontakte miteinander pflegen, teilen sie doch die gleichen Machtinteressen.

In abgeschwächter Reihenfolge des jeweils drastischen Ausmaßes bedienen sich Putin, Trump und Orbán der Vehikel Desinformation, Fake News und Propaganda. Bereits in seiner ersten Amtszeit sprach Trump von „alternative facts“ – de facto Fake News und Lügengeschichten –, die er bis heute so oft per Social Media wiederholt, dass immer mehr Leute sie zu glauben beginnen. Welche desaströsen Folgen all das haben kann, zeigt der Sturm aufs Kapitol im Jänner 2021 als Folge von Trumps Lügenmärchen über gefälschte Wahlergebnisse bei den vorangegangenen US-Präsidentschaftswahlen und dessen Hetze gegen den damaligen Wahlsieger Joe Biden und weiterer Mitglieder der Demokratischen Partei (Brand 2021).

Zu erwarten ist, dass Trump mit seiner Agitation antidemokratische und antieuropäische Kräfte in Europa zusätzlich befeuern wird. In diese autokratische Wechselwirkung zwischen Trump und Orbán

werden voraussichtlich einige einstimmen, allen voran Fraktionsfreunde der ungarischen Fidesz bei den „Patrioten für Europa“, übrigens unter der Ägide von FPÖ-Chef Herbert Kickl im Juli 2024 in Wien gegründet. Gute Beziehungen bestehen zum Teil auch zur Fraktion „Europa Souveräner Nationen“, mitunter von der AfD kurze Zeit darauf formiert. Sie alle verbindet die tiefe Abneigung gegen die Rechte von Frauen, der LGBTIQ+-Community wie auch Minderheiten. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit etc. ist ein klarer EU-Vertragsbruch. Daher verwundert es nicht, dass das Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn nach wie vor läuft. Gibt es noch dazu seit 2023 ein neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn. (Tagesschau 07.02.2024)

Sorge um die Demokratie in Europa

Besorgniserregend ist die demokratische Lage in den USA (Heinisch 2024), in Europa und weltweit. Der V-Dem-Report von 2024 hat einen deutlichen Rückfall demokratischer Standards festgestellt, vergleichbar mit dem Niveau von 1985, also noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. (V-Dem Institute 2024)

Dieser Negativtrend wird gleichermaßen vom Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI), vom Demokratie-Index von Economist International wie auch vom Demokratie-Index von World Population Review bestätigt, alle aus dem Jahr 2024. Plakatativ bringt es der BTI auf den Punkt: 63 Demokratien stehen weltweit 74 Autokratien gegenüber. Nach dem Superwahljahr 2024 und dem Sieg vieler links-, aber vor allem rechtspopulistischer Parteien in Europa und weltweit dürfte sich die Lage ab 2025 zusätzlich verschlechtern.

Die Europawahlen haben im Juni 2024 zwar zu einem deutlichen Rechtsruck im EU-Parlament geführt, die liberaldemokratischen Fraktionen EVP, S&D wie auch Renew-Group bilden für die weitere Zusammenarbeit dennoch die notwendige Mehrheit und werden wie bisher phasenweise von der Grünen/EFA-Fraktion unterstützt. So haben rechtspopulistische Parteien in Parlament und Kommission deutlich mehr Einfluss, allerdings im rechtsstaatlich klar definierten Rahmen – vorerst. Denn in manchen EU-Mitglieds- und -Kandidatenländern sind rechtspopulistische und antidemokratische Parteien auf

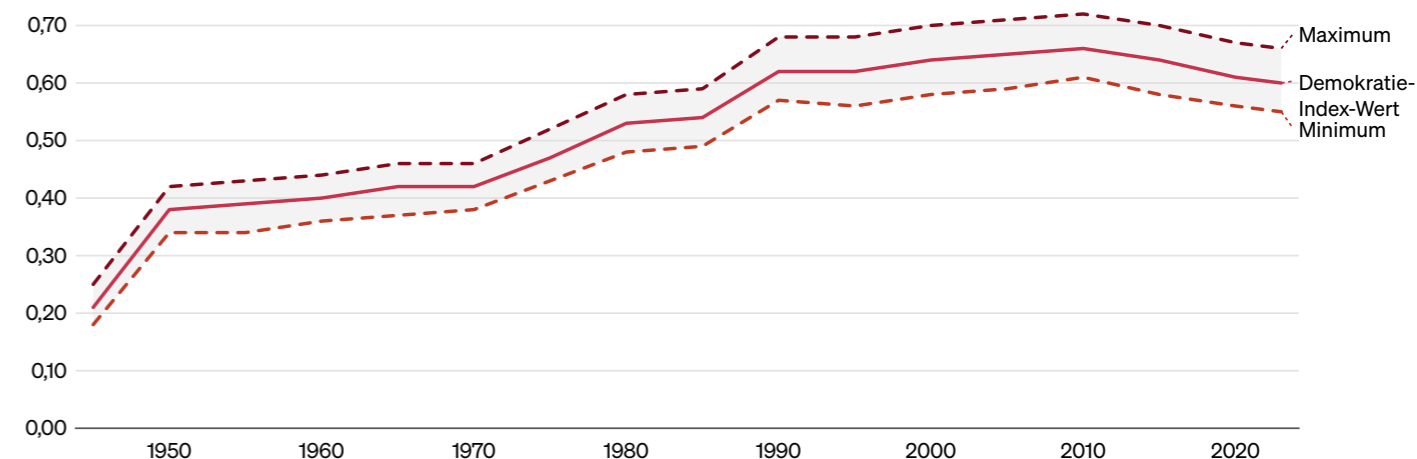
dem Vormarsch, und zwar mit finanzieller Unterstützung des Kremls als Teil der hybriden Kriegsführung gegen Europa, parallel zum aggressiven Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und genau in Ländern wie Georgien, Belarus, der Republik Moldau wie auch in Serbien setzen Menschen ihr eigenes Leben aufs Spiel, indem sie gegen russische Infiltrierung sowie autokratische Einflussnahme und für europäische Werte demonstrieren (Tagesschau 29.11.2024; Calugareanu, Verseck 2024; Karmanau 2024; Deutschlandfunk 2024).

Streitthema Asyl- und Migrationspolitik

Es ist gerade populistische und antidemokratische Hetze, die das gemeinsame Europa torpediert. Das zeigt besonders deutlich der Fall des EU-Asyl- und Migrationspakts (Freiwirth 2024; Glorius 2024). Nach jahrelangen zähen Verhandlungen auf europäischer Ebene wurde er endlich im April 2024 vom EU-Parlament und EU-Rat beschlossen, um schon wieder infrage gestellt zu werden.

Rückwärtsentwicklung bei liberalen Demokratien in Europa seit 2010

Der Demokratie-Index misst den Grad der Demokratie. Die aktuellen Werte sind mit jenen wie vor der Wende 1989/90 vergleichbar.



V-Dem-Erhebung des Prozesses von deliberativer Demokratie, hier vereinfacht „liberale Demokratie“ genannt; d.h. inwiefern wird bei politischen Entscheidungen ein respektvoller Austausch unter informierten und kompetenten Teilnehmer:innen auf Augenhöhe gepflegt, inwiefern eine auf Konsens ausgerichtete Überzeugungsarbeit geleistet (siehe "ideale Sprechsituation" nach Jürgen Habermas). Berücksichtigt wird bei diesem Index auch das Niveau der Wahldemokratie. Skala: Intervall, von niedrig bis hoch (0–1).

Denn inzwischen gibt es von rechtspopulistischer Seite Forderungen nach Ausnahmeregelungen und Lockerungen, und das von immer mehr EU-Mitgliedsländern. (Riegert 2024) Je mehr man sich innerhalb Europas uneinig ist, desto größer kann der Einfluss disruptiver Kräfte werden, im Inneren durch antidemokratische sowie antieuropäische Parteien, im Äußeren durch manipulative Autokraten wie Trump oder Kriegstreiber wie Putin. In diesem Sinn sind die Bereiche EU-Integration und -Erweiterung genauso Teil einer neuen, adäquaten europäischen Geopolitik wie eine gut durchdachte, nachhaltige Migrationspolitik.

Der demografische Wandel und die Überalterung der Gesellschaft stellen den europäischen Arbeitsmarkt und den damit verbundenen bisherigen Wirtschaftsaufschwung vor neue Herausforderungen. Im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe bzw. qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräfte steht ja Europa in direkter Konkurrenz mit den USA. Es fehlen aber auch Fachkräfte in wichtigen Bereichen wie u.a. im Tourismus, in der Landwirtschaft, Bildung, Pflege und Technologie (Stichwort: Cybersecurity). Mittelfristig betrachtet wird nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitskräftemangel ein Problem für die Aufrechterhaltung von funktionierenden Gesellschaften sein. Für komplexe Herausforderungen liegen die adäquaten Lösungen auf europäischer Ebene. Folgende Lehren lassen sich daher ziehen:

Lehre 12: Verteidigung europäischer Werte gegenüber US-amerikanischer Isolation und Populismus

Weder Menschenrechte noch Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratie sind selbstverständlich. Wichtig ist jetzt, EU-Institutionen zu stärken, Artikel-7-Verfahren zu erweitern und endlich das blockierende Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat abzuschaffen. Was also ansteht, sind Reformen, um die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern und zu beschleunigen. Auch geht es darum, die liberaldemokratischen Werte wie Freiheit, Grundrechte und Fortschritt im Inneren zu stärken und mit liberaldemokratischen Partnern im globalen Kontext verstärkt nach außen zu tragen.

Lehre 13: Migration als geopolitische Chance nutzen, Migrationspolitik human und strategisch umsetzen

Die erwartete restriktive Immigrationspolitik unter Trump II könnte im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeits- und Fachkräfte eine Chance für Europa sein. Wichtig wäre es daher, den Zugang zur Blue Card und die Nostrifizierung von Bildungsabschlüssen zu erleichtern. Eine systematisierte Integrationspolitik in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Wohnen schützt vor gesellschaftlicher Segregation.

Die liberalen Grundprinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt können außerdem ein wichtiger Bestandteil einer positiv ausstrahlenden Willkommenskultur sein, die sich in Zukunft von der banalen Freund-Feind-Logik unter Trump II deutlich abhebt.

Lehre 14: Europäische Resilienz gegenüber Desinformation, Fake News und Propaganda durch Bildung und Forschung stärken

Dass rechtspopulistische Parteien und auch Trump weltweit verstärkt an Einfluss gewinnen, liegt unter anderem am bisher fehlenden Rechtsrahmen für den digitalen Raum, dem jetzt die EU entgegensteuert, aber auch an der oft fehlenden Medienkompetenz innerhalb der Bevölkerung. Mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) fällt es zunehmend schwerer, zwischen Wirklichkeitstreuer und gefälschter Information zu unterscheiden. Neben gesetzlichen Regularien geht es auch darum, die Medienkompetenz von Menschen zu stärken, damit sie selbst zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden können und gegenüber versuchten Manipulationen resilient werden. Notwendig dafür ist Bildung, die im Kindergarten beginnt und als lebenslanges Lernen erst bei Ableben endet.



Lehre 15: Rahmen- und Arbeitsbedingungen für liberaldemokratische Zivilgesellschaft und Medien sichern

Unabhängige Medien, Investigativjournalismus und Zivilgesellschaft leisten einen wichtigen Beitrag für partizipative – nicht nur elektorale – Demokratie. Sie sind in einer pluralistischen Gesellschaft daher nicht wegzudenken. Umso wichtiger ist eine entsprechende Unterstützung für diese. Zum einen sind dies gefestigte rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, die freie Arbeits- und Finanzierungsbedingungen garantieren. Zum anderen sind dies auch konkrete EU-Programme wie Kultur-, Medien- und Erasmus+-Förderungen. Dies gilt es auszubauen, damit autokratische Regierungen liberaldemokratische Kräfte im eigenen Land nicht aushungern können. Auf EU-Ebene bedeutet das, Grundrechte und freie Medienarbeit sowie zivilgesellschaftliches Engagement in den EU-Mitglieds- und Kandidatenländern zu schützen.

Komplexe Probleme benötigen also umfassende Lösungen. Dass der EU diese Fähigkeiten zugetraut werden, zeigen die Eurobarometer-Ergebnisse vom November 2024. Schließlich ist das Vertrauen in die EU so stark wie seit 2007 nicht mehr.

Europa hat ja viele Vorzüge. Sich dessen bewusst zu sein, sollte genauso auf der Agenda stehen, wie die vielen liberaldemokratischen Vorteile zu bewahren und auszubauen. Gelingen kann das, wie schon von Mario Draghi betont, in europäischer Einigkeit.

QUELLENVERZEICHNIS

APA (2024): EU-Energieminister beraten zu Ausstieg aus russischem Gas. In: EnergyNewsMagazine, 31.05.2024. In: <https://energynewsmagazine.at/2024/05/31/eu-energieminister-beraten-zu-ausstieg-aus-russischem-gas/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

APA/dpa (2024): EU-Gasimport aus Russland überstieg wieder jenen aus USA. In: EnergyNewsMagazin, 02.09.2024. In: <https://energynewsmagazine.at/2024/09/02/eu-gasimport-aus-russland-ueberstieg-wieder-jenen-aus-usa/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Étienne F. Augé (2024): “Trump will bully Europe”: How propaganda and religion shape US elections. In: Studio Europa Maastricht, 22.10.2024. In: <https://studioeuropamaastricht.nl/2024/10/22/trump-will-bully-europe-how-propaganda-and-religion-shape-us-elections/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Rastislav Báchora (2024): Strategische Positionierung der EU im Vorfeld der Wahlen 2024. In: ISS Lagebild 2/24: Lagebild Akteure und Mächte Frühjahr 2024. In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3768> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Nina Barth (2024): US-Wahl 2024. 244 Millionen US-Amerikaner haben die Wahl. In: Tagesschau, 05.11.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/uswahl/us-wahl-wahltag-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

BBC (2024): Project 2025: The right-wing wish list for another Trump presidency. In: BBC, 11.09.2024. In: <https://www.bbc.com/news/articles/c977njqvq2do> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Nina Belz (2024): Gaslieferstopp: Österreichs besondere Beziehung zu Russland ist zu Ende – endlich! In: NZZ, 19.11.2024. In: <https://www.nzz.ch/meinung/gaslieferstopp-oesterreichs-besondere-beziehung-zu-russland-ist-zu-ende-endlich-ld.1857954> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Bertelsmann Stiftung (BTI) (2024): Transformation Index. In: <https://bti-project.org/en/reports/global-report> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stephan Bierling (2024): Trumps Triumph. In: Cicero. Magazin für politische Kultur, 12/2024, 15-25. In: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/cicero-im-dezember-postliberal> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Johannes Binder, Moritz Schularick (2024): Was es kostet, die Ukraine nicht zu unterstützen. In: Kiel Policy Brief No. 179/ November 2024. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/militaerhilfe-fuer-die-ukraine-stopp-kostet-deutschland-viel-mehr-als-fortfuehrung/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Carla Bleiker (2024): US-Präsident Donald Trump: America first zum zweiten Mal. In: Deutsche Welle, 06.11.2024. In: <https://www.dw.com/de/us-wahlen-us-pr%C3%A4sident-donald-trump-gewinner-america-first-zum-zweiten-mal-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-v1/a-70708869> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Carla Bleiker, Laura Kabelka (2024): Trump wird mächtiger, als es die US-Gründungsväter wollten. In: Deutsche Welle. In: <https://www.dw.com/de/trump-wird-m%C3%A4chtiger-als-es-die-us-gr%C3%BCndungsv%C3%A4ter-wollten/a-70798483> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stefanie Bolzen (2024): Die USA sind ihm nicht genug – Wie Elon Musk jetzt Weltpolitik macht. In: Welt, 23.12.2024. In: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus254953788/Trumps-First-Buddy-Die-USA-sind-ihm-nicht-genug-Wie-Elon-Musk-jetzt-Weltpolitik-macht.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Josep Borrell (2020): Warum die strategische Autonomie wichtig ist. In: Diplomatic Service of the European Union, 03.12.2020. In: https://www.eeas.europa.eu/eeas/warum-die-strategische-autonomie-europas-wichtig-ist_de (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Katrin Brand (2021): 650 Verfahren – und es werden immer mehr. In: Tagesschau, 17.11.2021. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/kapitol-sturm-aufarbeitung-101.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Vitalie Calugareanu, Keno Verseck (2024): Republik Moldau: So funktionierte der russische Wahlbetrug. In: Deutsche Welle, 29.10.2024. In: <https://www.dw.com/de/republik-moldau-wahlbetrug-maia-sandu-hybrider-krieg-russland-desinformation/a-70623200> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Giulia Cretti, Ardita Imeri, Stefan Ristovski (2022): A Berlin Process for the energy security of the Western Balkans. In: Clingedeal Alert, November 2022. In: https://www.clingedeal.org/sites/default/files/2022-11/Alert_Berlin_Process_for_the_energy_security_of_the_Western_Balkans_0.pdf (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Dab, dpa, Reuters (2024): Trump bereitet offenbar zweiten Ausstieg aus Pariser Abkommen vor. In: Spiegel, 09.11.2024. In: <https://www.spiegel.de/politik/klimaschutz-donald-trump-bereitet-offenbar-zweiten-ausstieg-aus-pariser-abkommen-vor-a-7021fbb9-1b03-4f36-831f-c43f2e754939> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Daniel Dale (2024): Fact check: Debunking five false Trump claims about NATO. In: CNN, 13.02.2024. In: <https://edition.cnn.com/2024/02/13/politics/fact-check-trump-nato/index.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Der Standard (2024): Trump würde Putin zu Angriff auf Nato-Staaten „ermutigen“. In: Der Standard, 11.02.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000206957/trump-wuerde-putin-zu-angriff-auf-natostaaten-ermutigen> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Der Standard (2024): Österreich ist Luftabwehr-Initiative Sky Shield beigetreten. In: Der Standard, 28.05.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000221880/oesterreich-ist-luftabwehr-initiative-sky-shield-beigetreten> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Der Standard (2024): Medienbericht: OMV soll vor dem Lieferstopp noch Gazprom-Gas beschlagnahmt haben. In: Der Standard, 25.11.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000246365/medienbericht-omv-soll-vor-dem-lieferstopp-noch-gazprom-gas-beschlagnahmt-haben> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Deutschlandfunk (2023): Was die EU den Milliarden-Investitionen der USA entgegensetzen will. In: Deutschlandfunk, 07.02.2023. In: <https://www.deutschlandfunk.de/inflation-reduction-act-anti-inflationsprogramm-inflationsbekampfungsgesetz-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Deutschlandfunk (2024): Serbien: Jugend vereint sich gegen Korruption. In: Deutschlandfunk, 26.12.2024. In: <https://www.deutschlandfunk.de/serbien-proteste-studenten-novi-sad-vucic-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Karl Doemens (2024): Wie die schwierige Lage an der US-Grenze im Wahlkampf instrumentalisiert wird. In: Der Standard, 29.10.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000242235/wie-die-schwierige-lage-an-der-us-grenze-im-wahlkampf-instrumentalisiert-wird> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Dpa (2025): Meloni weist Spekulationen über Milliardendeal mit Musk zurück. In: Handelsblatt, 09.01.2025. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/starlink-meloni-weist-spekulationen-ueber-milliardendeal-mit-musk-zurueck/100099598.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Mario Draghi (2024): The future of European competitiveness. In: European Commission, September 2024. In: https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead_en#paragraph_47059 (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Economist (2024): Europe needs to wake up and look after itself. In: Economist, 07.11.2024. In: <https://www.economist.com/leaders/2024/11/07/europe-needs-to-wake-up-and-look-after-itself> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Economist Intelligence (2024): Democracy Index: conflict and polarisation drive a new low for global democracy. In: Economist Intelligence Unit Limited (EIU), 15.02.2024. In: <https://www.eiu.com/n/democracy-index-conflict-and-polarisation-drive-a-new-low-for-global-democracy/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stefan Eich (2024): Trump und die NATO: „Angst, über den Tisch gezogen zu werden“. In: SWR, 03.12.2024. In: <https://www.swr.de/swraktuell/radio/usa--nato-angst-ueber-den-tisch-gezogen-zu-werden-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Election Lab (2024): General Election Turnout. In: University of Florida. In: <https://election.lab.ufl.edu/2024-general-election-turnout/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Jörg Endriss (2024): Mehr Geschäft als Entwicklungshilfe. In: Tagesschau, 04.09.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-afrika-gipfel-102.html> (letzter Zugriff am 13.01.2024).

Energate Messenger (2022): EU Commission plans 300 billion euros for more energy independence. In: Energate Messenger, 18.05.2022. In: <https://www.energate-messenger.com/news/222510/eu-commission-plans-300-billion-euros-for-more-energy-independence> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Energie & Management (2023): Regenerative. EU billigt Beihilfen für Erneuerbare. In: Energie & Management, 07.12.2023. In: <https://www.energie-und-management.de/nachrichten/recht/detail/eu-billigt-beihilfen-fuer-erneuerbare-203758> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

ENISA (2024): Foresight Cybersecurity threats for 2030 – Update. In: European Union Agency for Cybersecurity (ENISA). In: <https://www.enisa.europa.eu/publications/enisa-foresight-cybersecurity-threats-for-2030> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Euronews (2024): Grünes Licht für von der Leyens neue EU-Kommission. In: Euronews, 27.11.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/11/27/gru-nes-licht-fur-von-der-leyens-neue-eu-kommission> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Euronews (2024): Trump jokes about making Canada the '51st state' as leader Trudeau faces turmoil. In: Euronews, 19.12.2024. In: <https://www.euronews.com/2024/12/19/trump-mocks-canada-as-leader-trudeau-faces-turmoil-over-tariff-dispute> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäische Kommission (2024): Europäischer Verteidigungsfonds: Kommission investiert über 1 Mrd. Euro in 54 Projekte. In: Europäische <kommission, Vertretung in Deutschland, 16.05.2024. In: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-verteidigungs-fonds-kommission-investiert-uber-1-mrd-euro-54-projekte-2024-05-16_de (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäische Kommission (2024): Der Bericht zur Lage der Energieunion 2024 zeigt die Fortschritte bei der Gewährleistung sicherer, wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Energie für alle. In: Europäische Kommission, 11.09.2024. In: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4581 (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäische Kommission, Draghi (2024): Address by Mr. Draghi – Presentation of the report on the Future of European competitiveness – European Parliament – Strasbourg – 17 September 2024. In: European competitiveness: Looking ahead. In: https://commission.europa.eu/document/download/fcbc7ada-213b-4679-83f7-69a4c2127a25_en?filename=Address%20by%20Mario%20Draghi%20at%20the%20Presentation%20of%20the%20report%20on%20the%20future%20of%20European%20competitiveness.pdf (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union (o.J.): Timeline – Energy union. In: Energieunion. Timeline. In: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union (o.J.). In: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/energy-union/timeline-energy-union/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäischer Rat (2024): Häufigste Cyberbedrohungen in der EU. In: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/cyber-threats-eu/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Europäisches Parlament (2018): State of the Union debate: Strengthen EU as a global player. Press Releases. In: Europäisches Parlament, News, 12.09.2018. In: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20180906IPR12102/state-of-the-union-debate-strengthen-eu-as-a-global-player> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

European Political Strategy Centre (2019): A Double-Hatted President. In: Road to Sibiu. In: Politico. In: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2018/02/Double-Hatted-Presidency.pdf> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

European Union (2024): Standard Eurobarometer 102 – Autumn 2024. In: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3215> (letzter Zugriff am 13.01.2025). EWB (2024): The latest Eurobarometer survey: Trust in the EU is the highest in Albania and the lowest in Serbia. In: European Western Balkans, 29.11.2024. In: <https://europeanwesternbalkans.com/2024/11/29/the-latest-eurobarometer-survey-trust-in-the-eu-is-the-highest-in-albania-and-the-lowest-in-serbia/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Dieter Feierabend, Silvia Nadjivan, Teresa Reiter (2023): Sei keine Schwachstelle, Österreich! Policy Brief, März 2023. In: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/sicherheitspolitik-europa-oesterreich> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Gabriel Felbermayr, Julian Hinz, Rolf J. Langhammer (2024): US-Handelspolitik nach 2024: Was für Europa auf dem Spiel steht. In: Kiel Policy Brief, 178, 10/2024. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/us-handelspolitik-nach-2024-was-fuer-europa-auf-dem-spiel-steht-33389/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Christian Feld (2024). Der Mann, der Zölle liebt. Mögliche Wiederwahl Trumps. In: Tagesschau, 31.10.2024.
In: <https://www.tagesschau.de/ausland/uswahl/usa-zoelle-eu-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Annalisa Freiwirth (2024): Der neue EU Asyl- und Migrationspakt: Vision oder Fiktion. In: Materie, 15.04.2024.
In: <https://materie.at/a/der-neue-eu-asyl-und-migrations-pakt-vision-oder-fiktion/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Birgit Glorius (2024): Das EU-Migrations- und Asylpaket. Bestandsaufnahme eines Reformversuchs. In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 01.11.2024.
In: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/flucht-und-migration-2024/555937/das-eu-migrations-und-asylpaket/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Oliver Grimm (2012): Amerika hat kein Geld mehr für Tipps an Europa. In: Die Presse, 02.11.2012.
In: <https://www.diepresse.com/1308226/amerika-hat-kein-geld-mehr-fuer-tipps-an-europa> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

John Haltiwanger (2025): What if Hamas Doesn't Release the Hostages by Trump's Inauguration? In: Foreign Policy, 10.01.2025.
In: <https://foreignpolicy.com/2025/01/10/trump-hamas-hostages-gaza-hell-inauguration-deadline/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Christoph Hasselbach (2024): EU: Strategische Autonomie in weiter Ferne. In: Deutsche Welle, 02.01.2023.
In: <https://www.dw.com/de/eu-strategische-autonomie-in-weiter-ferne/a-63990121> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Gunther Hauser (2024): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure. 10. überb. Auflage. Wien: Landesverteidigungsakademie.
In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=709> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Gunther Hauser (2024b): Das geopolitische System. In: Landesverteidigungsakademie: ISS Lagebild 3/24: Akteure und Mächte Jahresende 2024. In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1221> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Ari Hawkins (2024): Trump says he will quickly impose tariffs of 25% on goods from Canada and Mexico. In Politico, 25.11.2024. In: <https://www.politico.com/live-updates/2024/11/25/congress/trumps-tariff-threat-00191615> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Haz/AL (dpa, ap, rtr) (2022): Biden feiert Gesetz zur Inflationsbekämpfung. In: Deutsche Welle, 13.09.2022.
In: <https://www.dw.com/de/biden-feiert-gesetz-zur-inflationsbek%C3%A4mpfung/a-63110668> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Reinhard Heinisch (2024): Dysfunktionale Demokratie. Die USA in der Krise. Kommentar der anderen. In: Der Standard, 16.07.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000228401/dysfunktionale-demokratie-die-usa-in-der-krise> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Heritage Foundation (2023-24): Project 2025. Presidential Transition Project. In: <https://www.project2025.org/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Frank Hermann, Manuela Honsig-Erlenburg (2024): Exit-Polls: Latino-Männer stimmten stärker pro Trump als 2020. In: Der Standard, 06.11.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000243689/exit-polls-latino-maenner-stimmten-staerker-pro-trump-erste-erkenntnis-aus-den-us-praesidentschaftswahlen> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Michael Hesse (2024): Historiker Adam Tooze über Trump: „Der Extremismus wurzelt tief in der Geschichte Amerikas“. In: Frankfurter Rundschau, 11.11.2024.
In: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/historiker-adam-tooze-ueber-trump-der-extremismus-wurzelt-tief-in-der-geschichte-amerikas-93405568.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

IT Boltwise (2024): Transatlantische Technologiepolitik: Herausforderungen und Chancen. In: IT Boltwise, 19.12.2024.
In: <https://www.it-boltwise.de/transatlantische-technologiepolitik-herausforderungen-und-chancen.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

IWM (2025): Debating Europe's Future After Trump's Election Victory. In: Debating Europe. Diskussionsreihe vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Kooperation mit ERSTE Foundation und Der Standard am 12.01.2025 im Burgtheater Wien.
In: <https://www.iwm.at/news/debating-europe-on-12-january-2025> (letzter Zugriff am 13.01.2025). IWF Kiel (2024): US-Wahlen: Zusammenbruch der WTO könnte EU-Wirtschaft 4-mal härter treffen als US-Zölle. In: IWF Kiel News, 03.11.2024. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/us-wahlen-zusammenbruch-der-wto-koennte-eu-wirtschaft-4-mal-haerter-treffen-als-us-zoelle/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Japf, APA (2024): Österreich an der russischen Gasleine: Eine Chronologie von 1968 bis 2024. In: Der Standard, 16.11.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000245229/oesterreich-an-der-russischen-gasleine-eine-chronologie-von-1968-bis-2024> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Yuras Karmanau (2024): Belarusian authorities launch a new wave of repression ahead of presidential vote. In: Associated Press, 06.11.2024. In: <https://apnews.com/article/belarus-opposition-lukashenko-crackdown-online-chat-dissent-3c6833aa8d7c24aa7942615fef55432b> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

David Kotrba (2024): Lieferstopp aus Russland: Wo die OMV jetzt ihr Gas herbekommen will. In: Kurier, 19.11.2024. In: <https://kurier.at/wirtschaft/gas-versorgung-omv-russland-niederoesterreich-molln-neptun-gazprom/402977013> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Kurier (2024): Es fließt wohl noch länger kein Gazprom-Gas mehr an die OMV. In: Kurier, 26.11.2024. In: <https://kurier.at/wirtschaft/gazprom-gas-omv-liefers-topp-schadenersatzforderung-schiedsgericht-russland-ukraine/402980276> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stefan Lehne (2025): Wie Trump die globale Ordnung gefährdet. Kommentar der Anderen. In: Der Standard, 13.01.2025. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000252398/wie-trump-die-globale-ordnung-gefaehrdet> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Hilika Lenus, Paula Soler (2024): Schutz vor Putin: Erster EU-Kommissar für Verteidigung will Europa aufrüsten. In: Euronews, 07.11.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/11/07/schutz-vor-putin-erster-eu-kommissar-fur-verteidigung-will-europa-aufruesten> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Enrico Letta (2024): Much More than a Market. Speed, Security, Solidarity. In: European Commission, April 2024. In: <https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Gregoire Lory (2024): Würde ein Harris Sieg der EU im Handel und der Sicherheit Stabilität bringen? In: Euronews, 05.11.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/11/05/wurde-ein-harris-sieg-der-eu-im-handel-und-der-sicherheit-stabilitat-bringen> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Isabel Marques da Silva (2024): Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus der nächsten strategischen Agenda der EU. In: Euronews, 18.06.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/06/18/verteidigung-und-wettbewerbsfaehigkeit-im-fokus-der-nachsten-strategischen-agenda-der-eu> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Oliver Milman (2024): Trump promise to repeal Biden climate policies could cost US billions, report finds. In: The Guardian, 14.11.2024. In: <https://www.theguardian.com/environment/2024/nov/14/trump-clean-energy-climate-policies> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Silvia Nadjivan (2024): Zwei Jahre Zeitenwende – und Österreichs selige Vogel-Straß-Politik. In: NEOS Lab, 19.02.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/zwei-jahre-zeitenwende-und-oesterreichs-selige-vogel-strauss-politik#kein-plan-bei-energie-und-sicherheitspolitik> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Silvia Nadjivan (2024): Fünf liberale Forderungen für ein starkes Europa. In: NEOS Lab Blog, 25.03.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/fuenf-liberale-forderungen-fuer-ein-starkes-europa#forderungen-die-europa-erfullen-sollte> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2024): Weckruf war gestern, Europa muss endlich aufstehen. In: NEOS Lab Blog, 12.11.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/weckruf-war-gestern-europa-muss-endlich-aufstehen#keine-zeit-fuer-schockstarre> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Florian Naumann (2024): „Morbide Faszination“ für Trump und US-Wahl: „Blicken in unsere Gegenwart und Zukunft“. In: Frankfurter Rundschau, 04.11.2024. In: <https://www.fr.de/politik/morbide-faszination-fuer-trump-und-us-wahl-blicken-in-unsere-gegenwart-und-zukunft-zr-93389897.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Harald Oberhofer (2024): Die nicht so vereinigten Staaten von Europa. In: Materie, 24.05.2024. In: <https://materie.at/gk/die-nicht-so-vereinigten-staaten-von-europa/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Thomas Obst, Samina Sultan, Jürgen Matthes (2024): Was droht den Transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0? Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen. In: IW-Report 42/2024, Institut der deutschen Wirtschaft, 24.10.2024. In: <https://www.iwkoeln.de/studien/thomas-obst-samina-sultan-juergen-matthes-was-droht-den-transatlantischen-handelsbeziehungen-unter-trump-20.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

ORF (2024): Bericht: Neues EU-Sanktionspaket gegen Russland im Februar. In: ORF, 22.12.2024. In: <https://orf.at/stories/3379674/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Martin Pengelly (2025): ‘Just by existing, he’s extended this war’: Timothy Snyder on Trump, Russia and Ukraine. In: The Guardian, 01.01.2025. In: <https://www.theguardian.com/books/2025/jan/01/timothy-snyder-trump-musk-russia-ukraine-putin> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tamsin Paternoster (2025): Trotz EU-Warnung: Elon Musk und Alice Weidel führen Online-Chat. In: Euronews, 09.01.2025. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2025/01/09/trotz-eu-warnung-elon-musk-und-alice-weidel-fuehren-online-chat> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Ines Pohl (2022): Bidens Botschaft: Europa muss sich um sich selbst kümmern. Kommentar. In: Deutsche Welle, 02.12.2022. In: <https://www.dw.com/de/meinung-europa-muss-sich-um-sich-selbst-kuemmern/a-63959914> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Politico (2025): Escalate to de-escalate: How the world will deal with Trump’s trade offensive. In: Politico, 18.01.2025. In: <https://www.politico.eu/article/escalate-to-de-escalate-donald-trump-trade-offensive/> (letzter Zugriff am 20.01.2025).

Heidi Radvilas (2025): Was wird 2025 aus dem Freihandel? In: Die Tagesschau, 01.01.2025. In: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/jahresausblick-handelskrieg-wohlstand-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Hans Rauscher (2023): Was die Putin-Versteher nicht verstehen. Der russische Diktator will Europa für seine neue Weltordnung einspannen. In: Der Standard, 26.12.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000201011/was-die-putin-versteher-nicht-verstehen> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Rat der Europäischen Union (2024): Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt. Pressemitteilung. In: Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 21.03.2024. In: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Teresa Reiter, Dieter Feierabend (2022): It's not a data breach, it's a surprise backup. Fostering cybersecurity. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/elf-studie-it-s-not-a-data-breach-it-s-a-surprise-backup-cybersecurity> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Bernd Riegert (2024): EU will irreguläre Migration weiter eindämmen. In: Deutsche Welle, 18.10.2024. In: <https://www.dw.com/de/eu-will-irregul%C3%A4re-migration-weiter-eind%C3%A4mmen/a-70528995> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Lukas Röper (2024): Warum US-Sanktionen in der EU nicht gelten dürfen, faktisch aber dennoch wirken. In: Der Standard, 11.09.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000236015/warum-us-sanktionen-in-der-eu-nicht-gelten-duerfen-faktisch-aber-dennoch-wirken> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stefan Schett (2023): Debatte über „strategische Autonomie“ in der EU. In: Materie, 21.04.2023. In: <https://materie.at/a/debatte-ueber-strategische-autonomie-in-der-eu/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Felix Schneider (2024): Einleitung zur Podiumsdiskussion: „USA nach den Wahlen 2024“ an der Landesverteidigungsakademie Wien am 20.11.2024. In: <https://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/akademie/artikel.php?id=6373> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Stefan Schott (2023): Kampf der Systeme: Warum ist China in Afrika so erfolgreich? In: Friedrich Naumann Foundation (FNF), 22.11.2023. In: <https://www.freiheit.org/de/global-partnership-hub-nairobi/kampf-der-systeme-warum-ist-china-afrika-so-erfolgreich> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Janina Schreiber (2024): Trumps Schatten reicht bis nach Baku. In: Tagesschau, 16.11.2024. In: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klima-cop29-baku-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Fabian Somavilla (2025): Revisionistischer und imperialistischer: Wie ernst sind Trumps Drohungen zu nehmen? In: Der Standard, 12.01.2025. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000252517/revisionistischer-und-imperialistischer-wie-ernst-sind-trumps-drohungen-zu-nehmen> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Miriam Steimer (2024): Warum Afrika so wichtig für China ist. In: ZDF, 04.09.2024. In: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/china-in-afrika-forum-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Lukas Sustala (2023): Sanktionen, Solidarität und SWIFT: Welche Optionen hat Europa?. In: NEOS Lab Blog, 25.02.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/sanktionen-solidaritaet-und-swift-welche-optionen-hat-europa#russland-aus-swift-werfen-und-finanzakteure-sanktionieren> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Lukas Sustala (2023): Aufbruchstimmung für Europa. In: NEOS Lab Blog, 28.11.2023. In: <https://lab.neos.eu/blog/aufbruchstimmung-fuer-europa#wettbewerbsfaehigkeit-im-fokus> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tagesschau (2024): EU-Kommission geht erneut gegen Ungarn vor. In: Tagesschau, 07.02.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-eu-verfahren-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tagesschau (2024): Tausende demonstrieren nach Georgiens EU-Absage. In: Tagesschau, 29.11.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/georgien-protest-eu-102.html> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/georgien-protest-eu-102.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tagesschau (2024): NATO plant neue Strategie gegen hybride Angriffe. In: Tagesschau, 04.12.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-treffen-cyberangriffe-sabotage-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tagesschau (2024): Stillstand der US-Regierung abgewendet. In: Tagesschau, 21.12.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-haushalt-126.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Tagesschau (2025): Fünf Prozent für Verteidigung – und wieder Drohungen. In: Tagesschau, 07.01.2025. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-usa-nato-oelbohrungen-groenland-panamakanal-100.html> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Velina Tchakarova (2024): Russlands Krieg gegen Europa. Folgen für die europäische Sicherheitspolitik. Policy Brief, Juli 2024. In: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/russlands-krieg-gegen-europa> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Walter Unger, Daniel Hikes-Wurm (2024): Cyberlage.

In: ISS Lagebild 2/24: Lagebild Akteure und Mächte Frühjahr 2024. In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3768> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

V-Dem (2024): Democracy Report. Democracy Winning

and Losing at the Ballot. In: https://v-dem.net/documents/43/v-dem_dr2024_lowres.pdf (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Vertretung in Deutschland (2022): REPowerEU: EU-Kom-

mission weist Weg Richtung Unabhängigkeit von fossiler Energie aus. Presseartikel. In: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland, 08.03.2022.

In: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/repowereu-eu-kommission-weist-weg-richtung-unabhaengigkeit-von-fossiler-energie-aus-2022-03-08_de (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Vertretung in Deutschland (2024): Investitionspaket für

westliche Balkanstaaten: EU fördert mit 1,2 Milliarden Euro Infrastruktur und innovative Unternehmen. In: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland, 03.07.2024.

In: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/investitionspaket-fur-westliche-balkanstaaten-eu-fordert-mit-12-milliarden-euro-infrastruktur-und-2024-07-03_de (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Scott Wallsten (2024): The Narrowing U.S.-EU Tech Policy

Divide. In: Bertelsmann Stiftung, 16.09.2024.

In: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/the-narrowing-us-eu-tech-policy-divide> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Hubert Wetzel (2025): Kaja Kallas, die Fosche.

In: Süddeutsche Zeitung, 01.01.2025.

In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-aussenpolitik-kallas-ukraine-russland-georgien-li.3174569> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Nick Witney (2024): Commissioning defence: How to build a

European Defence Union. In: European Council of Foreign Affairs, 30.10.2024. In: <https://ecfr.eu/article/commissioning-defence-how-to-build-a-european-defence-union/> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

World Population Review (2024): Democracy Index by Coun-

try 2024. In: <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/democracy-index-by-country> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

Andrew Whyte (2024): Kaja Kallas proposes €100 billion

Eurobond issue to bolster defense sector. In: ERR News, 19.02.2024. In: <https://news.err.ee/1609257408/kaja-kallas-proposes-100-billion-eurobond-issue-to-bolster-defense-sector> (letzter Zugriff am 13.01.2025).

IMPRESSUM:

NEOS Lab – Das liberale Forum

Am Heumarkt 7/2/1

1030 Wien

Österreich

Druck: Printpool, Stiftgasse 27, 1070 Wien